

Noch nicht genehmigt!



EINWOHNERRAT

Protokoll

der 30. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 20. Februar 2019
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.15 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Markus Gruber, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann
Roman Klauser (entschuldigt)
Christoph Morat
Thomas Pfaff (entschuldigt)
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch,
Mehmet Can, Julia Gosteli, Barbara Grange, Markus Gruber, Matthias
Häuptli, Lukas Hess, René Imhof, Astrid Kaiser,
Ueli Keller, Christian Kellermann, Ursula Krieger, Andreas Lavicka,
Niklaus Morat, Martin Münch,
Urs Pozivil, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl,
Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Christian Stocker Arnet,
Flavia Tschan, Pascale Uccella, Henry Vogt, Semra Wagner,
Jörg Waldner, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter,
Simon Zimmermann

Entschuldigt: Kathrin Gürtler, Roman Hintermeister-Goop, Manfred Jutzi, Patrick
Kneubühler, Jérôme Mollat, Alfred Rellstab, Beatrice Stierli

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle des zurückgetretenen Rolf Adam, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Beatrice Stierli Geschäft 4429
2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Beatrice Stierli, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag Rolf Adam Geschäft 4432
3. Wahl eines Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle des zurückgetretenen Martin Münch, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Roman Hintermeister-Goop Geschäft 4437
4. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle des zurückgetretenen Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Andreas Bärtsch Geschäft 4439
5. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste**, anstelle des zurückgetretenen Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Martin Münch Geschäft 4440
6. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste**, anstelle des zurückgetretenen Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Astrid Kaiser Geschäft 4441
7. Bericht der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, vom 12.11.2018, betreffend **Totalrevision des Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen der Einwohnergemeinde Allschwil vom 24. Mai 2000**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: Andreas Widmer, Präsident KSFVZ Geschäft 4184C
8. Bericht des Gemeinderates vom 16.01.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 06.01.2019, betreffend **Teilrevision Friedhof- und Bestattungsreglement**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4386 / A
9. Bericht des Gemeinderates vom 30.01.2019, betreffend **Abrechnung für den Neubau der Schule Gartenhof mit Sportplatzweiterung Im Brüel**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4099C
10. Bericht des Gemeinderates vom 23.01.2019, zum Postulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 04.09.2017, betreffend **Generationenspielplätze – Begegnungsort für alle**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4349 / A
11. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.09.2018, betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept – Beachvolleyballanlage**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4410

12. Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 28.11.2017, betreffend
Natürliche Lüftung mit Schallschutz
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4366

13. Postulat von Christian Stocker Arnet und Etienne Winter, SP-Fraktion,
vom 25.04.2018, betreffend **Priorisierung des Schulweg- und Sicherheitskonzeptes**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4387

14. Postulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend
Erstellung der Schulweg- und Sicherheitskonzepte
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4390

15. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018,
betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Bettenackerareal**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4388

16. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018,
betreffend **Zwischennutzung Brache Bettenackerareal**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4389

17. Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.05.2018,
betreffend **Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4396

18. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.06.2018,
betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Spielplatzstrategie**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4400

19. Postulat von Simon Maurer, Melina Schellenberg und Mehmet Can, SP-Fraktion,
vom 26.06.2018, betreffend **Strategie Glasfaser-Erschliessung Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4403

20. Postulat von Philippe Adam, Rolf Adam, Christian Kellermann, Evelyne Roth,
Beatrice Stierli und Andreas Widmer, CVP-Fraktion, vom 18.09.2018, betreffend
Öffentliche Ladestationen für Elektroautos in der Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4411

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 29 vom 23. Januar 2019

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Markus Gruber

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Markus Gruber, Präsident: Ich begrüsse alle zur Februar-Sitzung. – Wir kommen zu den Mitteilungen. Ich übergebe das Wort an Frau Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli-Kaiser für eine sehr traurige Mitteilung.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es ist für die FDP Allschwil, aber auch für die FDP Baselland wirklich eine traurige Mitteilung, und ich denke, sie gehört auch hier herein. Es ist ein langjähriges Mitglied, der auch im Einwohnerrat sass, verstorben, nämlich Hanspeter Frey. Er ist gestern am Morgen gestorben. Er war lange krank und dann auch im Spital. Und gestern hat er sich entschieden, sich von dieser irdischen Welt zu verabschieden. Das darf ich hier so sagen, denn ich habe ihn am Montag vor einer Woche noch persönlich gesehen. Ich war bei ihm im Spital und habe dort schon gesehen, dass er sich wirklich verabschieden möchte. Die Nachricht gehört wie gesagt auch hierher. Er war viele Jahre – du Jacques Winter weisst das wohl am besten – im Einwohnerrat gewesen. Er war viele Jahre für die FDP im Landrat. Die Partei war ein wichtiger Faktor in seinem Leben; nebst seiner Familie, dem Sohn und der Tochter; seine Frau musste er ja auch in jungen Jahren schon verlassen. Es war alles nicht ganz einfach, und ich denke es wäre der Moment, dass wir kurz aufstehen und innehalten. *[Anwesende erheben sich für einen Moment der Stille von ihren Plätzen.]*

Markus Gruber, Präsident: Besten Dank. Mir liegt eine dringliche Interpellation vor, Geschäft 4442, «Dringliche Interpellation Terminierung Plakataushang im Namen aller einwohnerrätlichen Parteien». Möchte jemand von den Interpellanten das Wort zur Dringlichkeit? – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir direkt zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Für die Annahme der Dringlichkeit ist ein 2/3-Mehr notwendig.

://:

Die Dringlichkeit der Interpellation, Geschäft 4442, wird einstimmig bejaht.

Markus Gruber, Präsident: Somit wird die Interpellation nach der Pause behandelt. – Im Übrigen ist mir folgender neuer Vorstoss zugegangen: Geschäft 4443, «Allschwiler Kulturwoche ein «grosser Erfolg» - bleiben wir dran?» von Etienne Winter, SP-Fraktion.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass diese rechtzeitig zugestellt wurde und frage den Rat an, ob es Anträge auf Änderung der Traktandenliste gibt. – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission,
anstelle des zurückgetretenen Rolf Adam, CVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Beatrice Stierli, Geschäft 4429

Markus Gruber, Präsident: Vorgeschlagen ist Frau Beatrice Stierli. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominierungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Wird stille Wahl bestritten? – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Beatrice Stierli ist in stiller Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission,
anstelle der zurückgetretenen Beatrice Stierli, CVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag Rolf Adam, Geschäft 4432

Markus Gruber, Präsident: Vorgeschlagen ist Herr Rolf Adam. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominierungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Wird stille Wahl bestritten? – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Rolf Adam ist in stiller Wahl als Ersatz-Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission,
anstelle des zurückgetretenen Martin Münch, FDP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Roman Hintermeister-Goop, Geschäft 4437

Markus Gruber, Präsident: Vorgeschlagen ist Herr Roman Hintermeister-Goop. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominierungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Wird stille Wahl bestritten? – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Roman Hintermeister-Goop ist in stiller Wahl als Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle des zurückgetretenen Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Andreas Bärtsch, Geschäft 4439

Markus Gruber, Präsident: Vorgeschlagen ist Herr Andreas Bärtsch. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominierungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Wird stille Wahl bestritten? – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Andreas Bärtsch ist in stiller Wahl als Ersatz-Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, anstelle des zurückgetretenen Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Martin Münch, Geschäft 4440

Markus Gruber, Präsident: Vorgeschlagen ist Herr Martin Münch. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominierungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Wird stille Wahl bestritten? – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Martin Münch ist in stiller Wahl als Mitglied der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, anstelle des zurückgetretenen Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Astrid Kaiser, Geschäft 4441

Markus Gruber, Präsident: Vorgeschlagen ist Frau Astrid Kaiser. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominierungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Wird stille Wahl bestritten? – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Astrid Kaiser ist in stiller Wahl als Ersatz-Mitglied der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, vom 12.11.2018, betreffend Totalrevision des Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen der Einwohnergemeinde Allschwil vom 24. Mai 2000, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: Andreas Widmer, Präsident KSFVZ, Geschäft 4184C

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Rat an, ob neue Aspekte vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur zweiten Lesung des Reglements und zur paragrafenweisen Beratung.

Christian Kellermann, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Paragraphen auf.

§ 1 Geltungsbereich, S. 3

keine Wortmeldung

Andreas Widmer, Präsident Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste (KSFVZ): Ich habe zuerst eine Vorbemerkung zur zweiten Lesung. An der letzten Einwohnerratssitzung vom 23. Januar 2019 anlässlich der ersten Lesung dieses Reglements hatte ich auf eine Frage von Etienne Winter im Zusammenhang mit der Entschädigung für die Feuerwehr geantwortet: «Es ist natürlich klar, dass mit den neuen Entschädigungen die Ausgaben bei der Feuerwehr um ca. 15 % steigen werden.» (Protokoll S. 628) Die damalige Aussage von mir ist falsch. Richtig ist, so, wie es auch im Bericht geschrieben steht, dass die Ausgaben bei der Feuerwehr um ca. 19 % ansteigen werden. Es ist mir wichtig, das hier zu berichtigen.

Sodann noch eine Vorbemerkung der Kommission zur 2. Lesung: Wir hatten am Montag, 28. Januar 2019, nochmals eine Sitzung und haben die bis zu diesem Zeitpunkt eingebrachten Anträge in der Kommission beraten. Es handelt sich namentlich um die Anträge der FDP und den Antrag der SVP. Weitere Anträge waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt. Bei dieser Beratung hat sich die Kommission einstimmig, also mit 7:0 Stimmen, dazu entschlossen, die damaligen Änderungsanträge der FDP zu § 4 Abs. 1, § 5 Abs. 1, § 6, § 10 Abs. 1 und 2 sowie § 11 Abs. 1 – alle datiert auf den 20. Januar 2019 – zur Ablehnung zu empfehlen. Wir von der Kommission halten nach wie vor an unserer Argumentation fest, wie sie im Bericht festgehalten ist, und es ist uns wichtig, dass die entsprechenden Entschädigungen auf das von uns vorgeschlagene Niveau geändert werden. Wir haben uns auch nochmals mit der Frage der Sitzungsgelder und der pauschalen Entschädigungen auseinandergesetzt. Insbesondere beim Gemeinderat erachten wir die Unterteilung in Sitzungsgelder und pauschale Entschädigungen als sinnvoll. Es ist bisheriges bewährtes Procedere, das zudem in der Verordnung und jetzt auch neu im Reglement verankert ist. Auch in diesem Bereich halten wir mit 7:0 Stimmen an der von uns vorgeschlagenen und im Bericht beschriebenen Variante fest.

Zum Änderungsantrag der SVP zu § 7 Abs. 3 vom 18. Januar 2019: Hier haben wir festgestellt, dass wir bei der Anpassung der Entschädigung für den Pikettdienst bei der Feuerwehr in der Tat nicht alle Bedingungen berücksichtigt hatten. Der Pikettdienst wird von Samstagabend 19:00 Uhr bis Sonntagabend 19:00 Uhr geleistet, jeweils von vier Angehörigen der Feuerwehr Allschwil-Schönenbuch, einem Offizier, einem Maschinisten und zwei Angehörigen der Feuerwehr. Diese Pikettstunden werden in der Nacht und am Sonntag geleistet. Diesem Umstand hatten wir zu wenig Rechnung getragen. Die Kommission erachtet daher eine Anpassung des im Bericht festgehaltenen Betrags von CHF 85.00 mit 7:0 Stimmen als gerechtfertigt. Sie schlägt, analog dem Antrag der SVP, eine Erhöhung auf CHF 150.00 vor, dies mit einem Stimmenverhältnis von 4:3.

§ 2 Begriffe, S. 3

keine Wortmeldung

§ 3 Allgemeine Pflichten, S. 3

keine Wortmeldung

§ 4 Entschädigung Einwohnerrat, S. 3

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Wir hatten ja letztes Mal schon ausführlich erläutert, dass wir hier einen Änderungsantrag einbringen werden. Wir sind nach wie vor der Meinung – auch wenn es jetzt Änderungen gegeben hat wie die, dass man auf die Vereinsgebühr in diesem Jahr verzichten will – dass die Teuerungsvereinbarung ausreichend ist. Ich habe zur Begründung letztes Mal schon ausführlich gesprochen und möchte jetzt keine weiteren Ausführungen machen. Wir stellen unseren Antrag unverändert.

Barbara Grange, SP-Fraktion: Zu diesem Änderungsvortrag möchte ich eine kleine Passage vorlesen aus der Aargauer Zeitung vom 22. November 2018. Da schrieb Herr Hans Fahrländer: «Der «Sonderfall Schweiz» basiert auf dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Wir sind sozusagen eine Laienrepublik. So hören und sagen wir es gerne. Indes, man braucht nicht Kulturpessimist zu sein, um zu diagnostizieren: Der hehre Grundsatz befindet sich gerade in einer ziemlichen Krise. Der Staatsbürger droht zu einem Staatskunden zu werden. Der freiwillige Dienst an der Gemeinschaft rangiert weit hinter der Selbstverwirklichung, dem beruflichen Vorwärtsstrampeln und dem Freizeitvergnügen. Der Satz «Niemand will mehr dienen» stimmt zwar nicht. Im privaten Bereich zum Beispiel zugunsten betagter Angehöriger wird viel gedient. Aber im öffentlichen Bereich harzt es.» Ich glaube, es ist kein Geheimnis, dass es für die Parteien nicht einfach ist, Leute zu finden, die dann auch noch geeignet sind, um unser Milizsystem mit dem nötigen Personal auszurüsten. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass man auch mit den erhöhten Ansätzen dennoch eine Überzeugung für unseren Staat mitbringen muss und die Bereitschaft, eine Extraarbeit zu leisten. Es geht hier vielmehr einfach um eine «Wert-Schätzung» im Wortsinne. Man darf nicht vergessen, auch die Ansätze, über die wir hier reden, gibt es ja nicht netto auf die Hand. Es gibt Parteiabzüge zu zahlen, es gibt Steuern zu zahlen. Am Ende wird niemand reich daran, und er könnte auf andere Art und Weise mit seiner Zeit sicher viel mehr Geld verdienen. Darum geht es nicht. Man muss bei der Sache sein wollen. Auch Familienangehörige und andere, die einem nahestehen, müssen immer wieder zurückstecken. für die Arbeit, die hier drin alle leisten. Und das soll einfach mit der Erhöhung, die jetzt ansteht – und das gilt auch für andere Erhöhungen in diesem Reglement – zeitgemäss angepasst werden, damit die Wertschätzung zum Ausdruck kommt. Das wollte ich im Namen der SP sagen. Wir stehen den Erhöhungen positiv gegenüber.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Nochmals vielen Dank für die Kommissionsarbeit, die sensationell gut war. Es war auch an der Zeit, dass man dieses Reglement überarbeitet. Wie in der letzten Sitzung von Simon Zimmermann gesagt wurde, war es eine Zangengeburt. Ich finde vor allem, die Überwindung, die es die Kommission gekostet hat, bei uns selber die Sitzungsgelder anzupassen, verdient Respekt. Bei der FDP hat das ja nicht geklappt. Respekt vor allem, weil die Kommission einen guten Mittelweg gefunden hat. Sie hat nicht alles voll ausgeschöpft. Wieso ist es wichtig, dass auch unser Sold angepasst wird? Schauen wir nur die heutige Sitzung an. Wenn wir uns richtig vorbereiten, wenn wir die Fraktionssitzung vorbereiten, die Fraktionssitzung durchziehen, dann die eigentliche Einwohnerratssitzung vorbereiten mit der ganzen Telefoniererei, dann haben wir allein dafür drei bis sechs Stunden, oder mehr, freiwillig gearbeitet, die einen mehr, die anderen weniger. Das geht so jeden Monat. Und das gleiche gilt für die Kommissionssitzungen. Und dann kommt abschliessend die Arbeit in den Parteien. Für die Budgetsitzung, die wir jedes Jahr haben, vervielfachen sich die Stunden usw. usw. Die Anpassung der Entschädigungen ist aus unserer Sicht ein Dankeschön, eine Anerkennung für unsere geleistete Arbeit, und nicht mehr. Denn eben, wie schon gesagt, ich glaube auch, dass keiner von uns, auch mit dieser Erhöhung, reich davon wird. Und nicht zu vergessen, von unserem Sold zahlen wir auch noch den Parteibeitrag, gut, vielleicht die meisten von uns. Und dieser Parteibeitrag bildet kommunal, kantonale und national das Fundament für unsere politische Arbeit. Wenn wir das auch selber stemmen müssten, dann, so bin ich überzeugt, wäre der Saal, in dem wir heute sitzen, ziemlich leer. Dass die SVP gegen jegliche Erhöhung von Abgaben und Gebühren ist sowie gegen die Erhöhung von Steuern, ist allen bekannt. Dass die SVP gegen die Erhöhung von Löhnen etc. ist, haben wir ja auch schon bewiesen. Aber wir sind überzeugt, dass die Anpassung der Entschädigungen auf den neuen heutigen Stand attraktiv auf Allschwilerinnen und Allschwiler wirkt. Denn es muss attraktiv wirken, damit sie die Strapazen der Politik, und diese kennen wir ja alle, für sinnvoll erachten und bereit sind, Arbeit in der Partei auf sich zu nehmen. Wir sind überzeugt, dass die

Anpassung der Entschädigungen auf den neuen heutigen Stand auch die Qualität der Teilnehmer verbessern oder mindestens auf dem heutigen, bereits sehr guten Stand halten wird. Über das Ganze gesehen haben mich auch ein, zwei Sachen nachdenklich gestimmt. Das ist einerseits die Verdoppelung der Pauschalentschädigung des Schulratspräsidiums Primarschule. Es geht jetzt nicht um die CHF 15'000. Die Gleichsetzung mit der Sozialhilfebehörde finden wir gerecht. Es geht eher um den Weg. Wieso sind ist auf einmal so viele Stunden geworden? Das Zweite ist die pauschale Mandatsentschädigung des Präsidiums Gemeinderat CHF 115'000 für ein Pensum von 60 %. Das finden wir eher einen Tick zu hoch; denn das würde ja auf 100 % gerechnet CHF 190'000 pro Jahr ausmachen. Aber ehrlich gesagt, das macht den Kohl am Schluss auch nicht fett. Die SVP-Fraktion wird allen Anträgen der Kommission folgen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Nur kurz ein paar Worte zur Begrifflichkeit «freiwillig». Als ich mich zur Wahl in den Einwohnerrat stellte, tat ich das freiwillig. Aber dort stehe ich jetzt in der Pflicht. Ich hoffe, das sehen die anderen hier drin auch so.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich sage jetzt nur etwas zu dem Paragrafen über die Entschädigung der Einwohnerräte. Ich habe ja letztes Mal schon vorgerechnet, was ich im Jahr 2018 pro Stunde erhalten habe. Im 2019 ist es noch weniger nach meiner Hochrechnung. Da arbeite ich nämlich noch total gratis für die Echogruppe Heimatmuseum, für die Binningerstrasse und die Kommission, der ich angehöre, an deren Sitzungen ich aber nichts teilnehmen kann, weil die Termine nicht so liegen, dass ich teilnehmen könnte, sodass ich schriftlich mitarbeite. Ich komme also im 2019 mit dem Ansatz, den wir jetzt haben und den einige nicht erhöhen wollen, auf CHF 3.– pro Stunde. Auch die CHF 150, die die Kommission jetzt vorschlägt, sind kein echter Lohn. Das ist eine Wertschätzung. Ich bitte, davon nicht abzurücken.

Andreas Widmer, Präsident KSFVZ: Eine kurze Rückmeldung zum Votum von Herrn Vogt: Wir gehen beim Gemeindepräsidium von einem Pensum von 75 % aus, nicht nur von 60 %. Das steht so im Bericht auf Seite 5. Wir wollten im Mechano der Abstufung vom Gemeinderat zum Vizepräsidium und zum Präsidium nichts Wesentliches ändern. Wir haben die Abstufungen etwa gleich gross gehalten wie sie bisher waren.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Es hat keine Wortmeldungen mehr.

Markus Gruber, Präsident: Ich stelle den Antrag der FDP-Fraktion zu § 4 Abs. 1: «Die Mitglieder des Einwohnerrates erhalten pro Sitzung ein Sitzungsgeld von CHF 83.00» dem Antrag der Kommission gegenüber: «Die Mitglieder des Einwohnerrates erhalten pro Sitzung ein Sitzungsgeld von CHF 150.00.» Wer dem Antrag der FDP folgen möchte, möge das mit der gelben Karte bezeugen.

://:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 26:6 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Markus Gruber, Präsident: Der ursprüngliche Antrag der Kommission ist somit angenommen worden.

§ 5 Entschädigung Gemeinderat, S. 3

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Auch hier haben wir letztes Mal einen Änderungsantrag gestellt und begründet. Auch an diesem Antrag halten wir fest.

Markus Gruber, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Antrag der FDP zu § 5 Abs. 1 lautet: «Die Mandatsentschädigung beträgt pauschal pro Jahr und Mitglied: Präsidium CHF 103'667, Vizepräsidium CHF 31'899, übrige Mitglieder CHF 23'924.» Wer diesem Antrag folgen möchte, bezeugt das mit der gelben Karte.

://:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 28:5 Stimmen abgelehnt.

Markus Gruber, Präsident: Der ursprüngliche Antrag der Kommission ist somit angenommen worden.

§ 6 Entschädigung Präsidien übriger Behörden, S. 3

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Auch hier hatten wir einen Antrag gestellt. Wir haben ihn nochmals intensiv und relativ kontrovers diskutiert und ziehen ihn hiermit zurück. Ich möchte aber doch sagen, welche die Beweggründe hierfür waren. Es ist ein Faktum, dass wir viel mehr Schüler haben und somit der Arbeitsaufwand beim Schulrat Primarschule wesentlich steigt.

§ 7 Entschädigung Feuerwehr, S. 4

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich stelle hiermit unseren Antrag, dass die Entschädigung für den 24-Stunden-Weekend-Pikettdienst auf CHF 150.00 erhöht wird.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Wir haben diesen Vorschlag diskutiert und finden ihn richtig, weil diese Pikettdienste am Wochenende den betreffenden Personen Einschränkungen abverlangen. Diese Erhöhung wäre daher nur recht und billig. Erwähnen möchte ich, dass wir es auch unterstützen, dass die Feuerwehersatzabgabe bei 7 % bleibt und nicht erhöht wird. Abschliessend möchten wir auch den Kommissionsbericht und die gute ämterübergreifende Arbeit verdanken.

Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich stelle im Namen unserer Fraktion einen Gegenantrag auf Erhöhung der Weekendpikettvergütung auf pauschal CHF 120.00. Nachdem ich den Antrag verschickt hatte, rief mir Simon Zimmermann an, was ich hiermit danke, und versuchte mich zu überzeugen, den CHF 150.00 zuzustimmen. Ich möchte nicht viel zu den CHF 120.00 sagen, ausser dass ihnen eine Stundenpauschale von CHF 5.00 für ein Pikett zugrunde liegt, was gegenüber den anderen Erhöhungen der Feuerwehr-Ansätze bereits höher liegt. Dieser Antrag ist in der Kommission mit 4:3 Stimmen unterlegen. Mich dünkt es wichtig, dass wir diese Diskussion auch kurz im Einwohnerrat führen, bevor wir zur Abstimmung kommen.

Pascale Uccella-Klauser, AVP-Fraktion: Wir von der AVP werden dem Antrag von Herrn Zimmermann zustimmen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich möchte doch dazu ergänzen: Wenn ich am Samstag arbeiten gehe, dann erhalte ich pro Tag CHF 250.00 zusätzlich zu Spesen. Wenn ich länger bleibe am Samstagabend, dann erhalte ich etwas über CHF 300.00. Und ehrlich gesagt, ich rette keine Leben. Und ein Gläschen Wein darf ich auch noch dazu trinken. Ich finde, diesen Aspekt müssen wir genau anschauen. Das sind Leute, die teilweise ihr Leben riskieren, um unseres zu schützen und zu retten. Da sind CHF 150.00 für ein Wochenende bei Gott nicht viel.

Markus Gruber, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen. Somit stelle ich den Antrag der SVP ...

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich nehme an, der Gegenantrag der EVP/GLP/Grünen-Fraktion ist in der Kommission nicht besprochen worden. Ist das richtig?

Andreas Widmer, Präsident KSFVZ: Das ist richtig. Der Antrag ist erst am 12. Februar eingegangen. Aber wir hatten in der Kommission über die Erhöhung geredet, das hatte ich ja gesagt in meinem einleitenden Votum. Wir hatten gesagt, dass wir eine Erhöhung absolut gerechtfertigt finden, und dass die Kommission mit 4:3 Stimmen den Antrag der SVP unterstützt.

Markus Gruber, Präsident: Somit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich stelle den Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion zu § 7 Abs. 3 «Im Pikettdienst erhalten alle Angehörigen der Feuerwehr zusätzlich pro 24 Stunden resp. Tag CHF 120.00.» dem Antrag der SVP-Fraktion gegenüber: «Im Pikettdienst erhalten alle Angehörigen der Feuerwehr zusätzlich pro 24 Stunden resp. Tag CHF 150.00.» Wer dem Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion folgen möchte, bezeugt das mit der gelben Karte.

://:

Dem Antrag der SVP-Fraktion wird zugestimmt mit 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

Markus Gruber, Präsident: Ich stelle noch den Antrag der SVP demjenigen der Kommission gegenüber. Wer dem Antrag der SVP zustimmen möchte, bezeugt das mit der gelben Karte.

://:

Dem Antrag der SVP-Fraktion wird zugestimmt mit 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

Markus Gruber, Präsident: Somit ist der Antrag der SVP angenommen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich möchte im Namen der Feuerwehr Dankeschön sagen für das Vertrauen und für das Entgegenkommen.

§ 8 Entschädigung Zivilschutz, S. 4

keine Wortmeldung

§ 9 Regionaler Führungsstab, S. 4

keine Wortmeldung

§ 10 Übrige Sitzungsgelder, S. 4

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Auch hier hatte die FDP-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt. Wir halten daran fest.

Markus Gruber, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der FDP zu § 10 Abs. 1 und 2: «Die Mitglieder der Behörden und Kommissionen beziehen ein Sitzungsgeld von CHF 34.00 pro Stunde.» «Die Mitglieder des Wahlbüros beziehen ein Sitzungsgeld von CHF 38.00 pro Stunde.» Wer dem Antrag der FDP folgen möchte, bezeugt das mit der gelben Karte.

://:

Dem Antrag der Kommission wird grossmehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, zugestimmt.

§ 11 Ausserordentliche Inanspruchnahme, S. 5

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Auch hier hatte die FDP-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt. Wir halten daran fest.

Markus Gruber, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der FDP zu § 11 Abs. 1: «Mitgliedern von Behörden und Kommissionen wird bei ausserordentlicher zeitlicher Inanspruchnahme eine Stundenentschädigung von CHF 34.00 für die ersten sechs Stunden, bzw. ein Taggeld von CHF 223.00 für eine Beanspruchung von mehr als sechs Stunden vergütet. Ferner werden die Auslagen ersetzt.» Wer dem Antrag der FDP folge möchte, bezeugt das mit der gelben Karte.

://:

Dem Antrag der Kommission wird grossmehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen, zugestimmt.

§ 12 Weitere Entschädigungen, S. 5

keine Wortmeldung

§ 13 Teuerungszulage, S. 5

keine Wortmeldung

§ 14 Aufhebung bisheriger Bestimmungen, S. 5

keine Wortmeldung

§ 15 Inkrafttreten, S. 5

keine Wortmeldung

Markus Gruber, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit sind die Beratungen über das Geschäft 4184C und die 2. Lesung des Reglements abgeschlossen. Wir kommen zu den Anträgen der Kommission gemäss Bericht 4184C, S. 12.

Abstimmung

Anträge der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste:

Die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste beantragt dem Einwohnerrat Allschwil einstimmig:

1. Die Änderungen des Reglements über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen der Einwohnergemeinde Allschwil vom 24. Mai 2000 in der beigelegten Synopse (Fassung KSFVZ / Gemeinderat, 12.11.2018) zu beschliessen

//:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Verfahrenspostulat vom 19.02.2014, Geschäft 4184, wird als erledigt abgeschrieben.

//:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung

//:

Das Geschäft 4184C wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Bericht des Gemeinderates vom 16.01.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 06.01.2019, betreffend Teilrevision Friedhof- und Bestattungsreglement, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4386 / A

Markus Gruber, Präsident: Ich weise darauf hin, dass es sich um eine 1. Lesung handelt. Die Abstimmungen über die Anträge erfolgen erst bei der 2. Lesung.

Robert Vogt, Gemeinderat: Die Gesellschaft hat sich verändert. Die Erdbestattungen auf dem Friedhof in Allschwil sind zurückgegangen. Es werden heute neue Formen nachgefragt, und dem möchte der Gemeinderat nachkommen. Wie Sie gesehen haben, ist dem Friedhofs- und Bestattungsreglement das Parkpflegekonzept zugrunde gelegt. Dieses hatten wir Ihnen mit der Einladung zugestellt, weil wir der Meinung waren, wie das die Kommission beantragt hat, dass Sie wissen müssen, in welche Richtung der Gemeinderat unseren Friedhof entwickeln möchte. Das Resultat ist, dass innerhalb der nächsten 35 Jahre der Friedhof sehr stark umgestaltet werden soll.

Viele Elemente werden neu sein, andere werden sich verändern. Aber der Kern der heutigen Diskussion wird sein, dass wir neu auf dem Friedhof Allschwil auch Baumbestattungen anbieten möchten. Wir haben Ihnen geschildert, wie wir uns das vorstellen, und hierzu ist die Teilrevision des Reglements nötig. Bevor sie in die Debatte eintreten, möchte ich aber noch kurz darauf hinweisen, dass ich auch der Berichterstattung in der Basler Zeitung dankbar bin, denn sie hat auch einen Schreibfehler entdeckt. Für diesen möchte ich mich entschuldigen. Auf Seite 3 (Ziff. 2, dritter Gliederungspunkt) steht nämlich «die Asche der Hinterbliebenen». Es geht natürlich um die Asche der Verstorbenen, und selbstverständlich soll ja nicht die Pietät infrage gestellt werden. – Ich möchte einfach sagen: Was hier geplant ist, ist eine gute Sache; und ich möchte nun gern Ihre Debatte hören.

Andreas Bärtsch, Präsident der Kommission Bau und Umwelt (KBU): Die Kommission hat das Geschäft in einer Sitzung beraten. Die Sicht der Kommission zum Parkpflege- und Bestattungskonzept ist: Sie begrüsst im Wesentlichen die Neukonzeption, die zwei Baumalleen, einen Friedwald für Baumbestattungen, kleintierfreundliche Hecken und Blütensträucher sowie naturnahe Vegetationsflächen vorsieht. Das Etappierungskonzept, bestehend aus Sofortmassnahmen und sieben Ausbautappen, überzeugt und kann aufgrund der Nachfrage forciert oder verzögert werden. Auch erfreut ist die Kommission darüber, dass mit dem neuen Parkpflegekonzept pro Jahr rund 150 Stunden Pflegeaufwand eingespart werden können.

Zum Friedhof- und Bestattungsreglement, bei welchem diverse begriffliche Anpassungen eingefügt wurden und neu die Baumbestattung eingeführt und die Urnenbeisetzung im Hain gestrichen wird, hat die Kommission folgende Punkte:

- Aus Sicht der Kommission muss die Liegedauer auf dem Grabfeld für muslimischen Glauben auch geregelt werden.
- Die Regelung für eine Urnenbeisetzung nicht verwandter Personen für einen Generationenbaum mit einer Liegedauer von 100 Jahren ist ungenügend definiert.
- Der bestehende maximale Betrag für Gebühren von CHF 10'000 ist mit der Einführung von Generationenbäumen zu tief angesetzt.
- In § 5 ist die Meldestelle des Kantons falsch bezeichnet. Die Meldung muss aus Sicht der Kommission an das Zivilstandsamt Basel-Landschaft erfolgen.
- Ebenfalls falsch ist, dass in § 5 das Familienbüchlein erwähnt ist, welches schon seit 2005 durch den Familienausweis abgelöst wurde.

Bezüglich der Verordnung zum Friedhofs- und Bestattungsreglement möchte die Kommission auf folgende Punkte hinweisen:

- Gemäss der Gebührenverordnung werden für die Bestattung bei einem Gemeinschaftsbaum CHF 150 erhoben. Dies steht aus Sicht der Kommission im Widerspruch zu Art. 3 der Verordnung, wo festgehalten ist, dass eine unentgeltliche Bestattung auch bei einem Baumgrab möglich ist. Die Kommission begrüsst diese Möglichkeit und möchte, dass auch in einem Baumgrab unentgeltlich bestattet werden kann.
- Auf der Webseite der Gemeinde Allschwil war nicht die aktuelle Verordnung (2007) abrufbar, sondern diejenige von 1997. Dieser Mangel ist aber inzwischen gemäss Nachfrage bei den zuständigen Personen behoben worden.
- Aus Sicht der Kommission ist die Gebühr für die Bestattung von auswärts wohnhaft gewesenen Verstorbenen bei einem Familienbaum und Generationenbaum mit CHF 2000 zu hoch angesetzt.

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten wird. – Das ist nicht der Fall. Ich weise noch darauf hin, dass der Bericht und das Reglement behandelt werden. Das Parkpflege- und Baumbestattungskonzept und die Verordnung sind zur Kenntnisnahme für den Rat.

Allgemeine Beratung

Andreas Lavicka, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion begrüsst im Grossen und Ganzen diese Teilrevision. Auch das Parkpflege- und Baumbestattungskonzept hat grossen Anklang gefunden. Vor allem die Baumallee und den Friedwald empfinden wir als sehr passend. Auch die etappenweise Umsetzung macht aus unserer Sicht Sinn. Es gibt noch ein, zwei Voten aus unseren Reihen, aber im Grossen und Ganzen können wir den Bericht und den Änderungsanträgen der KBU folgen.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Auch die FDP-Fraktion ist sehr zufrieden mit dem Kommissionsbericht und mit der Arbeit, die im Zusammenhang mit der Teilrevision des Bestattungsreglements geleistet wurde. Wir begrüssen auch die neuen Möglichkeiten, eine Urne beizusetzen, zum Beispiel in einem

Baumgrab, sowie die Gesamtanpassung und Neubegrünung der Friedhofsanlage. Die Anträge der KBU sind für uns schlüssig und wir folgen ihnen durchweg.

Evelyn Roth, CVP-Fraktion: Auch wir von der CVP unterstützen den Kommissionsbericht. Er ist gut ausgearbeitet worden in der Kommission, und es ist auch von der Gemeinde ein ganz tolles Projekt vorgelegt worden. Es ist eigentlich auch eine grosse Bereicherung für Allschwil, liegt der Friedhof doch mitten im Dorf und ist eine kleine Oase. Nicht nur, dass wir ihn jetzt modernisieren hinsichtlich der Bestattungsarten; nein, die Grünflächen und die Bäume, die dort gepflanzt werden, laden wirklich die Leute vom Dorf ein, von der Hektik wegkommen, und sie können einfach sitzen. Man kann dort verweilen; und es verweilen dort auch unter der Woche immer Jung und Alt. Wir stimmen dem Konzept zu und finden es wirklich schön, dass Bewohner mitten im Dorf dort ein bisschen in Ruhe sein dürfen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Die Modernisierung des Friedhofs war nötig. Es ist wirklich gut gelöst. Von dem her folgen auch wir den Anträgen der KBU.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur paragrafenweisen Beratung des Reglements in erster Lesung.

1. Lesung / Detailberatung

Christian Kellermann, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Paragraphen auf.

Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

keine Wortmeldung

§ 2 Zuständigkeit

keine Wortmeldung

§ 3 Gebühren

Andreas Bärtsch, Präsident KBU: Hier hat die Kommission festgestellt: Wenn man für einen Generationenbaum CHF 15'000 verlangen will, dann muss man im Reglement den Gebührenhöchstbetrag auch anheben, denn dieser liegt momentan bei CHF 10'000. Darum stellen wir den Antrag, in § 3 anstelle von CHF 10'000 den Betrag von CHF 15'000 einzusetzen.

§ 4 Kollekte

keine Wortmeldung

Kapitel II. Bestattungswesen

§ 5 Meldepflicht

Etienne Winter, SP-Fraktion: Hier bin ich beim Durchlesen über Abs. 3 gestolpert: «Leichenfunde sind sofort der Polizei zu melden.» Ich frage mich, ob das nicht bereits anderswo geregelt ist, zumal ja der Geltungsbereich dieses Reglements gemäss § 1 lediglich «das Bestattungswesen und die Benützung des Friedhofs» sind. Ist dieser Absatz 3 notwendig in diesem Reglement?

Robert Vogt, Gemeinderat: Es ist mir kein Fall bekannt, wo so etwas vorgekommen wäre. Ich bin aber der Meinung, man sollte das stehen lassen, weil ja der Ausnahmefall, dass dort eine Leiche vorgefunden würde, einmal eintreten könnte. In diesem Fall möchte ich natürlich, dass entsprechend gehandelt wird. Ich würde das also nicht gerne ersatzlos herausstreichen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Das ist mir ein wenig zu ungenau. Ich bitte doch, dass die Kommission oder die Gemeindeverwaltung bis zur nächsten Sitzung prüfen, ob das Thema Leichenfund nicht bereits anderswo geregelt ist.

§ 6 Publikationen

keine Wortmeldung

§ 7 Recht auf Bestattung

keine Wortmeldung

§ 8 Bestattungskosten

keine Wortmeldung

§ 9 wird gestrichen

keine Wortmeldung

§ 10 Bestattungsarten, Grabtypen

keine Wortmeldung

§ 11 Entnahme und Verlegung von Ascheurnen

keine Wortmeldung

§ 12 Gemeinschaftsgrab

keine Wortmeldung

§ 12^{bis} Baumgräber

keine Wortmeldung

§ 13 Särge

keine Wortmeldung

§ 14 Aufbahrung, Aufbahrungsraum und rituelle Waschungen

keine Wortmeldung

§ 15 Wartefrist

keine Wortmeldung

§ 16 Beisetzung

keine Wortmeldung

§ 17 Belegungsdauer

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich hatte Ihnen im Vorfeld dieser Sitzung einen Änderungsantrag der SP-Fraktion zukommen lassen. Dabei geht es genau um diese Belegungsdauer. Wie Gemeinderat Robert Vogt eingangs ausgeführt hat, werden andere als Erdbestattungsformen zunehmend vorgezogen. (Dazu hätte ich noch die Zusatzfrage: sind es die Erdbestattungen allgemein oder nur die Sarg-Erdbestattungen, die ständig zurückgehen?) Das heisst die Friedhöfe «ergrünen» immer mehr. Was vielleicht auch erwünscht ist. Es gibt Gemeinden, wie Sissach oder Hölstein, die die Höchstbelegungsdauer aufgehoben haben. Ich möchte, dass der Gemeinderat und die KBU das auf die 2. Lesung hin prüfen. Ich habe, leider erst an der Fraktionssitzung, das Parkpflege- und Bestattungskonzept erhalten, weil es nicht online aufgeschaltet ist. Darin wird berichtet, wie sich der Friedhof in den nächsten 30 Jahren entwickeln soll. Unser Antrag gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, über die Belegungsdauern und deren Anpassung so zu befinden, dass man hier ans Ziel kommt. Nach heutigem Stand muss ein Grab ja nach 25 Jahren geräumt sein. Die Mindestbelegdauer es bei den Erwachsenen 20 Jahre, (bei Kindern zehn Jahre). Die Frage ist, ob man den Zwang, fünf Jahre nach der Mindestbelegdauer zu räumen, nicht aufheben möchte. Sollte man dem Gemeinderat nicht die Möglichkeit offenhalten, dies im Hinblick auf die Umsetzung des Parkpflege- und Bestattungskonzepts flexibel zu handhaben?

Andreas Bärtsch, Präsident KBU: Verständnisfrage an Etienne Winter: Du möchtest also die Beschränkung der Belegungsdauer gänzlich aufheben?

Etienne Winter, SP-Fraktion: Mein Antrag, den ich euch geschickt habe, geht dahin, dass neu die Belegungsdauer vom Gemeinderat in seiner Verordnung definiert wird. Das heisst, der Gemeinderat kann das anpassen – was ja sicher nicht alle paar Wochen der Fall sein wird, aber vielleicht nach fünf Jahren – und dann sagen, wir setzen die Höchstbelegungsdauer jetzt nicht mehr auf 25, sondern zum Beispiel auf 45 Jahre fest.

Robert Vogt, Gemeinderat: Die erste Frage kann ich vielleicht ganz schnell beantworten. Es sind selbstverständlich die Sargbestattungen, die weniger nachgefragt werden. Neu sind Urnenbeisetzungen in den verschiedenen Formen die wir heute kennen, die häufigsten Bestattungsarten, speziell auch das Gemeinschaftsgrab, das eine sehr grosse Beliebtheit erfährt. – Ich möchte aber doch auch auf den Vorschlag hinsichtlich der Anpassung der Belegungsdauer eingehen. Bedenken Sie bitte, dass es sehr schwierig wäre, wenn man diese Belegungsdauer häufiger anpassen würde. Das ist ja ein extrem heikles Thema. Die Hinterbliebenen haben sehr häufig auch nach 25 Jahren noch das Bedürfnis, auf dem Friedhof vorbeigehen und den Ort finden zu können, wo ihre Verstorbenen beigesetzt wurden. Ich würde davor warnen, dass wir das ändern. Das könnte dann quasi heissen, aber jetzt haben es die Leute besser oder schlechter. Ich bin der Meinung, die Dauer von 25 Jahren hat sich etabliert, und man weiss, dann wird geräumt. Ich finde es eine schlechte Idee, dies flexibel zu halten.

Kapitel III. Friedhofordnung

§ 18 Grabeinfassungen

keine Wortmeldung

§ 19 Bepflanzung

keine Wortmeldung

§ 20 Pflege

keine Wortmeldung

§ 21 Räumung der Grabfelder

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Neu steht hier jetzt: Die Räumung der Gräber wird im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde ausgeschrieben. Heute sind die Leute so flexibel, dass die

Nachkommen vielleicht nicht in Allschwil wohnen, sondern irgendwo im Wallis oder in Bern oder sonst wo. Sie übergeben die Grabpflege einer Gärtnerei und machen nur sporadisch, wenn sie in der Gegend sind, einen Grabbesuch. Wie erfahren diese Leute, die nicht in Allschwil wohnen und auch nicht das AWB an ihrem auswärtigen Wohnort abonniert haben, dass hier geräumt wird? Ich denke, der Aufwand wäre nicht zu gross. Wenn es um eine Erbangelegenheit geht, wird gesucht; in anderen Zusammenhängen sucht man Angehörige auch. Ich denke das könnte man beibehalten. Ich bitte darum.

Robert Vogt, Gemeinderat: Dieser Passus entstand aus einer rein praktischen Erfahrung unserer Mitarbeitenden, dass es sehr schwierig und aufwendig ist, die Hinterbliebenen jeweils ausfindig zu machen. Wir sind eben der Meinung, diese Belegungsdauer von 25 Jahren ist allgemein bekannt, und wenn sie abläuft, dann kann es nicht so schlimm sein, dass das Grab dann eben geräumt wird, ohne dass man es an einem weit entfernten Wohnort erfährt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Jetzt bin ich ein bisschen irritiert. Wenn die Gemeinde in den Computer geht und meinen Namen eingibt, dann werden alle Nachkommen und Vorfahren und vor-Vorfahren ausgespuckt. Das ist doch heute kein Thema mehr. Es gibt doch auch eine Meldepflicht. Sogar im Ausland kann man Adressen erforschen. So ein grosser Aufwand ist das nicht. Es ist eine Frage des All-Service und ob man ihn bieten will oder nicht.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich gebe mich geschlagen. Ich bin jetzt überfragt, wenn es darum geht, wann meine Grossmutter gestorben ist, die dort draussen liegt. Ich kann die Jahreszahl nicht genau sagen. Ich weiss nicht, sind es 20 oder 22 Jahre her. Ich müsste ganz stark überlegen, wie grau oder nicht grau meine Haare damals waren. Du hast recht, Simon. Das kann es nicht sein, einfach zu sagen, es geht nicht. Es ist auch ein bisschen eine Pflicht von uns, finde ich, dass man diese Angehörigen suchen geht und ihnen eine Chance gibt, nochmals Abschied zu nehmen und zum Beispiel den Grabstein mitzunehmen oder so etwas. Aber dass jemand nach 24 Jahren ein Grab besucht und ein Jahr später wiederkommt und nichts mehr findet – Robert, pardon, ich hoffe, das geht anders.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Da muss ich jetzt wirklich den Gemeinderat unterstützen. Es ist wirklich nicht so einfach, wie ihr euch das vorstellt, herauszufinden, wer die Hinterbliebenen sind. Schon eine Erbenrecherche ist ziemlich aufwendig, aber die bezahlt der Nachlass, und diese Kosten können ziemlich substantiell sein. Ich glaube nicht, dass wir so etwas auf Steuerzahlers Kosten der Gemeindeverwaltung aufhalsen können. Es ist nicht so einfach. Natürlich, die, die in Allschwil sind, findet man einfach. Aber das sind ja auch genau die, die das AWB lesen können. Die, die auswärts sind, kann man nicht so einfach verfolgen. Spätestens wenn jemand zwei-, dreimal umgezogen ist und vielleicht auch noch einmal im Ausland war, verflüchtigen sich die Spuren und man findet die Leute nicht mehr.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Frage zum Verständnis dieses Paragraphen. Zuerst heisst es, dass die «kostenlose» Räumung publiziert wird. Dann heisst es, dass die Angehörigen verpflichtet sind das Grab abzuräumen. Und im dritten Satz heisst es dann, dass das Grab – ich nehme an in dem Fall, dass die Angehörigen es nicht tun – durch die Gemeindeverwaltung abgeräumt wird. Ich verstehe das nicht ganz. Wird es dann abgeräumt mit Kostenfolge für die Angehörigen? Oder wie ist das gemeint?

Robert Vogt, Gemeinderat: Es ist ganz einfach so, dass wir selbstverständlich nichts verlangen. Weil es aber sehr schwierig ist, wenn Leute über 25 Jahre ein Grab gepflegt haben und ihren persönlichen Schmuck angebracht haben, wollen wir es nicht einfach unbesehen abräumen und alles entsorgen, sondern wir wollen den Hinterbliebenen die Möglichkeit geben, Dinge selber abzuräumen und mitzunehmen. Darum verpflichten wir uns hier doppelt: Die Hinterbliebenen können die Sachen wegnehmen; aber wenn sie das nicht tun, entsorgen wir die Sachen auf Gemeindegeldern.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Entschuldigung, für mich wäre es dann aber logisch, im zweiten Satz zu schreiben: «Es wird den Angehörigen ermöglicht, Grabmal und Bepflanzung zu entfernen.» Das wäre für mich klarer.

§ 22 Exhumierung

keine Wortmeldung

§ 23 Verzeichnis

keine Wortmeldung

Kapitel IV. Grabmäler

§ 24 Bewilligung

keine Wortmeldung

§ 25 Gestaltung und Materialien

keine Wortmeldung

§ 26 Ausmass der Grabmäler

keine Wortmeldung

§ 27 Setzen von Grabmälern

keine Wortmeldung

§ 28 Vorschriftswidrige Grabmäler

keine Wortmeldung

§ 29 Haftung

keine Wortmeldung

§ 30 wird aufgehoben

keine Wortmeldung

Kapitel V. Schlussbestimmungen

§ 31 Strafbestimmungen

keine Wortmeldung

§ 32 Rechtsmittel

keine Wortmeldung

§ 33 Verordnung

keine Wortmeldung

§ 34 Inkraftsetzung

keine Wortmeldung

Markus Gruber, Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit stelle ich fest, dass die 1. Lesung abgeschlossen ist. Die Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats gemäss Bericht erfolgen im Anschluss an die zweite Lesung an der März-Sitzung

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 9

Bericht des Gemeinderates vom 30.01.2019, betreffend
Abrechnung für den Neubau der Schule Gartenhof
mit Sportplatzenerweiterung Im Brüel
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4099C

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir alle haben schon einmal über problematische Bauvorhaben in anderen Städten und anderen Ländern und die damit verbundenen Abrechnungen herzlich gelacht oder irgendwelche Witze zur Kenntnis genommen. Und tatsächlich sind schon viele Verwaltungen und politische Behörden wie Ikarus hoch und höher geflogen und irgendwann der Sonne zu nahe gekommen, und dann schmolz das Wachs an den Flügeln und sie stürzten ab. Zum guten Glück ist das bei uns in Allschwil nicht passiert. Einfach nochmals die Zahl, die der damalige Einwohnerrat uns bewilligt hatte: Das waren CHF 69.6 Mio. Das erste Mal ein wenig schummrig wurde mir, als ich die damalige Volksabstimmungs-Vorlage gelesen hatte. Dort lautete nämlich der zweite Antrag «Von der Kostengenauigkeit von +/- 5 wird Kenntnis genommen.» Da stand nicht, ob das Prozent oder Franken oder was sonst sein sollten. Aber das Projekt ist ja dann durch die Volksabstimmung durchgekommen. Wie manches Mal ich während der Planung und den Bau dieses Schulhauses schlecht geschlafen habe angesichts der Verantwortung für das viele Geld, das ja nicht uns gehört, sondern das aus Steuergeldern der Gemeinde Allschwil besteht, weiss ich nicht mehr. Es ist auch nicht mehr wichtig. Schliesslich war dieses Schulhaus mit Abstand eines der teuersten Projekte in der Geschichte von Allschwil, vielleicht sogar des ganzen Kantons Baselland, wenn man bei den Kosten früherer Bauwerke die Teuerung einrechnet. Drei Dinge waren bei diesem Vorhaben entscheidend für den Erfolg. Erstens: Der Mut. Der Mut des Gemeinderats, Ihnen das vorzuschlagen. Der Mut des Einwohnerrates, das dem Volk vorzuschlagen. Und schlussendlich auch der Mut des Volkes, das dann doch den Beschluss gefasst hat, relativ viel Geld in einer unsicheren Zeit für ein Schulhaus mit Ersatzfussballplatz und einer Halle zu realisieren. Zweitens: Das Vertrauen, das die Projektorganisation, wie Sie im Bericht lesen können, vom Gemeinderat und vom Einwohnerrat bekommen hat. Drittens: Das Herzblut, die Leidenschaft und Professionalität bei der Realisierung bei allen Beteiligten, die an diesem Vorhaben gearbeitet haben. Ich möchte den Abend nicht strapazieren. Wir stehen ja auch kurz vor der wohlverdienten Pause. Ich möchte Ihnen sicher nicht alle Leute aufzählen, die an diesem Schulhaus mitgearbeitet haben. Aber es ist mir wichtig, hier nochmals den dank des Gemeinderats an die wichtigsten Leute auszusprechen. Das ist zum ersten sich einmal der Projekt-Hauptverantwortliche bei der Gemeinde, Jürgen Johner, der zusammen mit dem Bauherrenvertreter Boris Schläppi von einer externen Firma das ganze Riesenprojekt so über die Bühne geschaukelt hat, dass es wirklich ein Erfolg wurde in punkto Kosten, in punkto Termineinhaltung und schlussendlich auch in punkto Qualität. Weiter möchte ich danken den Nutzervertretern mit Daniela Werren, die das wichtige Gremium präsidierte, Christian Engels, damaliger Schulleiter, Daniela Ismeli von der schulergänzenden Betreuung, Hans-Peter Erzer von der Musikschule, Martin Naegelin von der ICT der Gemeinde Allschwil und Hugo Gloor und René Scotzniovsky vom Facility Management. Dann die externen Projektbegleiter Domenico Chirico und Urs Schönenberger, die Architekten, die den Wettbewerb gewonnen haben, Anne Uhlmann und Carlos Rabinovich, Sigrid Vittel und Livia Schenk, der Bauleiter Paul von Crailsheim, der mit seinem Team zusammen fast Unmögliches gemacht in der allzu kurzen Bauzeit, und ihre Chef Thomas Stegmeier, und nicht zuletzt die Mitarbeiter auf der Gemeinde Allschwil, die von diesem Riesenprojekt ebenfalls, teils mehr, teils weniger betroffen waren in ihrer täglichen Arbeit. Wenn man die Leistungen, die bei diesem Projekt gefordert wurden, nachvollziehen will, dann schaut man am besten im Bericht des Gemeinderats die Seite 9/13 an. Dort sind die Meilensteine des Projekts aufgeführt. Nach der Volksabstimmung vom 09.06.2013 musste ein bewilligungsfähiges Bauprojekt innerhalb von etwa sechs Monaten erstellt werden. Fast genau ein Jahr nach der Volksabstimmung ist dann die Baubewilligung vorgelegen, und dann ging es mit dem Bau los. Und in genau zwei Jahren wurden CHF 64.5 Mio. reine Baukosten umgesetzt. Das sind pro Woche CHF 620'000, und das, wie gesagt, mit über 50 Firmen, Dutzenden von Handwerkern, 19 involvierten Amtsstellen, 15 Fachplanerfirmen mit diversen Ingenieuren und Planern. Das alles musste unter einen Hut gebracht werden, sodass

dann in zwei Jahren ein solches Schulhaus entstand. Losgegangen sind dann aber auch – und das ist typisch für Allschwiler Böden – Probleme mit dem Baugrund. Aber auch die wurden mit Können, Know-how und Einsatz von allen Beteiligten gelöst. Obwohl dann die Zeit davonlief und wir im Steuerungsausschuss mit den Terminen jonglieren und Beschleunigungskosten in die Hand nehmen mussten, hatte es zum Schluss sogar noch Platz für ein paar positive Projektentwicklungen. So konnten wir in den Schulzimmern sogenannte interaktive Wandtafeln montieren. Wir konnten den Saal hier mit einigen Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Projekt verwirklichen, zum Beispiel indem wir eine hervorragende Bühnen- und Saaltechnik installieren konnten. Und es konnten diverse akustische Elemente zusätzlich im Foyer und in der Sporthalle angebracht werden. Auch in der Tagesschule musste es zu einem relativ späten Zeitpunkt noch Veränderungen geben aufgrund von neuen Erkenntnissen. Auch diese konnten einfließen.

Alles in allem kann Ihnen der Gemeinderat, nicht ohne Stolz und immer noch begeistert, den erfolgreichen Abschluss dieses Mega-Projekts in Allschwil heute Abend vorlegen, und ich bitte Sie dann, nach allfälligen Fragen und der Diskussion, den Anträgen auf Seite 13 zuzustimmen.

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten wird.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion würden gerne den Antrag stellen, die Abrechnung der KBU zu übergeben, dies vor allem aus zwei Gründen: Erstens: Es geht um ein Steuergelder-Geschäft im Volumen von knapp CHF 70 Millionen, mit einem guten Ergebnis, aber trotzdem haben wir noch eine grosse Mängelliste mit einem offenen Betrag. Und so ist die SVP der Meinung, dass das Geschäft es einfach verdient hat, von unserer Kommission für Bau und Umwelt angeschaut zu werden.

Markus Gruber, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der SVP ab.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Eigentlich ist es ja so, dass nicht die SVP einen Antrag stellen müsste, das Geschäft an die KBU zu überweisen; sondern es müsste irgendjemand den Antrag stellen, dass man das Geschäft direkt behandelt. Denn unsere Geschäftsordnung sagt ja, dass Berichte des Gemeinderats generell an eine Kommission überwiesen werden, und das wäre auch hier der Fall. Ich denke, es wäre sinnvoll, dies zu tun. Denn um die Fragen, die sich hier stellen, im Detail zu diskutieren, sind wir als Einwohnerrat sicher nicht das geeignete Gremium. Und wenn wir das jetzt einfach so schnell absegnen, dann ist es eigentlich ein Witz, dass wir das Geschäft überhaupt im Einwohnerrat behandeln, denn dann könnte man sich das auch schenken.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Zum Votum von Henry Vogt: Du bist davon ausgegangen, dass es eine Mängelliste gibt. Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen: Ist das so? Das ist ja eine Behauptung, die im Raum steht. Ist das der Grund, wieso der Antrag gestellt wird? Hat im Übrigen nicht die Fireko die finanzielle Seite des Schulhausbaus schon einmal angeschaut? Sie wäre ja das für die Finanzen zuständige Gremium. Wenn also finanzielle Bedenken vorhanden sind, müsste das Geschäft an die Fireko gehen, wenn es um bauliche Bedenken geht, geht es an die KBU. Das würde ich gerne geklärt haben.

Christoph Morat, Gemeinderat: Grundsätzlich ist es so, wie es Herr Häuptli gesagt hat. Früher war man es sich noch gewohnt, dass das Büro des Einwohnerrates solche Berichte jeweils an eine Kommission überwiesen hat. Wieso das hier nicht der Fall war, weiss ich nicht. Es ist tatsächlich so, dass die Behauptung im Raum steht betreffend Mängel. Ich muss Ihnen da klar widersprechen, Herr Vogt. Es ist so, dass im ganzen Projekt 1049 Mängel abgearbeitet wurden und im Augenblick noch 13 offen sind. Dreizehn. Davon waren zwei terminiert auf den 12. Februar. Ob diese beiden tatsächlich behoben wurden, davon konnte ich mich noch nicht selber überzeugen. Zwei waren heute in Arbeit. Fünf sind terminiert auf KW 10, also die erste Fasnachtswoche. Einer ist terminiert auf KW 11, Einen weiteren muss man beheben, sobald kein Bodenfrost mehr möglich ist. Dann sind noch zwei Mängel offen. Dabei handelt es sich um einen Riss in einem Schrank und um eine Brandschutzklappe in einem Nebenraum des Hallengebäudes. Das sind die Mängelbehebungen. Ich habe hier den Auszug von den Dingen, die noch offen sind. Die Behauptung, dass noch jede Menge Mängel vorhanden sein, kann ich also klar zurückweisen. Aber vielleicht besteht auch ein Irrtum darüber, was ein Mangel ist. Diesbezüglich habe ich SIA 118, wo es in Art. 166, «Begriff des Mangels» heisst: «Ein Mangel des Werkes im Sinne dieser Norm ist nur eine Abweichung des Werkes vom Vertrag, sei es ein Mangel oder eine sonstige Abweichung vom Vertrag gemäss Artikel 368 OR. Der Mangel besteht entweder darin, dass das Werk eine zugesicherte oder sonst wie vereinbarte Eigenschaft nicht aufweist, oder darin, dass ihm eine Eigenschaft fehlt, die der Bauherr auch ohne besondere Vereinbarung in guten

Treuen erwarten durfte (zum Beispiel Tauglichkeit des Werkes für den vorausgesetzten oder üblichen Gebrauch)» Es gibt dann noch zwei andere Absätze, aber dies sind die beiden wichtigsten. Vielleicht müssen wir uns darüber unterhalten, was der Begriff des Mangels ist, also was Sie unter einem Mangel verstehen. Denn wir in der Organisation, sei es in der Projektleitung oder sei das im Steuerungsausschuss oder sei das auch im Gemeinderat, sind der Meinung, die elf Mängel, die ich Ihnen nannte, sind erstens einmal nicht kostenwirksam für die Gemeinde, den es handelt sich um solche Fälle, wo Unternehmer etwas nicht richtig ausgeführt haben und man ihnen jetzt innerhalb der Rügefrist die Möglichkeit gegeben hat, die Mängel auszubessern. Die Rügefrist ist bei allen Mängelmeldungen eingehalten worden und die genannten Mängel sind auch alle von den Unternehmen anerkannt worden. So viel zu dem Gerücht, dass noch eine Menge Mängel vorhanden wären. Nun liegt es selbstverständlich in der Kompetenz des Einwohnerrates, das Geschäft in die KBU zu geben. Ich weiss nicht, wo der Mehrwert liegen würde. Aber ich stehe selbstverständlich der KBU zur Verfügung, und auch der Gesamtprojektleiter Jürgen Johner wird dort zur Verfügung stehen, um der Kommission allfällige Fragen zu beantworten. Was die Fireko angeht, so hat sie einen Nebenbericht verlangt. Diesen hat die Firma BDO, die in Allschwil bestens bekannt ist für ihre Rechnungsprüfungsämter, erstellt. Was damit geschehen ist, weiss ich nicht; das liegt in der Kompetenz des Präsidenten der Fireko.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Ich muss jetzt kurz nachfragen wegen der Rednerliste. Die Einträge darauf sind vorhin so impulsiv hochgeschneit. Auf meiner Liste befinden sich Herr Bärtsch, Herr Zimmermann, Frau Uccella und Herr Vogt. Hatte sich sonst noch jemand gemeldet, den ich hier nicht aufgeschrieben habe? – Wenn nein, hat als erster Herr Bärtsch das Wort, anschliessend Herr Zimmermann.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Auch die FDP-Fraktion stellt sich auf den Standpunkt, dass das Geschäft zuerst an die KBU überwiesen werden sollte. Die Fireko bzw. die BDO haben die Bauabrechnung geprüft. Aber das sind reine Financer und haben die Finanzbuchhaltung überprüft. Wir in der FDP-Fraktion sind aber der Meinung, dass es aufgrund der Grösse des Projekts und des Umfangs nichts als recht ist, wenn es auch von der Kommission, die für Bausachen zuständig ist, angeschaut und entsprechend gewürdigt wird. Es geht auch darum, dass man die Leistung der Leute, die erbracht wurde, und die auch Christoph Morat schon erwähnt und verdankt hat, dass man sie auch aus Sicht des Einwohnerrates im Detail anschaut und würdigt und anschliessend die Betreffenden entlastet. Dies ist das Ziel, das wir von der FDP-Fraktion mit Unterstützung des Antrags der SVP verfolgen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Selbstverständlich haben wir Abklärungen getroffen. Und selbstverständlich habe ich persönlich auf der Gemeinde angerufen, und habe ich persönlich am Telefon gehört, dass es gewisse Mängel gibt. Gewisse laufen unter Garantie, das ist korrekt. Gewisse laufen unter falschen Bestellungen, die vorgekommen sind, weil man zuerst doch nicht wusste, was benötigt wird, und dann kam es zum Austausch. Aber es gibt offene Punkte. Und ich bin ganz klar der Meinung, wenn etwas offen und noch nicht erledigt ist, wird nicht abgerechnet. Sorry. Denn es gibt ja noch andere Sachen, denen man sich schlussendlich stellen muss. Die Frage ist ja auch: Was ist mit dem TU, wenn es den plötzlich flachlegt? Hat die Gemeinde dann eine Versicherungsgarantie? Hat die Gemeinde, was ja vielfach üblich ist, eine Rückstellung von 10 % gemacht, bis die Garantiefrieten abgelaufen sind? Ich habe derartiges in den Unterlagen nicht gesehen. Darüber möchte ich gerne informiert werden, aber das können wir dann auch in der KBU besprechen, das muss eigentlich nicht hier im Plenum geschehen. Und ich meine einfach, bei einer Bausumme von CHF 70 Mio. gehört es sich, dass es sich die KBU anschaut. Die Finanzen haben es auch angeschaut, das ist auch richtig so. Von dort haben wir das Votum gehört, dass alles sauber gelaufen ist. Aber Herr Morat, ich lade Sie ein, auch einmal um das Schulhaus herumzugehen. Da sieht man die Mängel immer noch, es tut mir leid.

Pascale Uccella-Klauser, AVP-Fraktion: Ich möchte mich dem Votum von Andreas Bärtsch anschliessen. Es ist auch eine Frage der Wertschätzung, dass man diese Abrechnung genau anschaut. Herrn Morat möchte ich Recht geben. Es gibt verschiedene Mängel. Es gibt solche, die vielleicht eine Lehrperson als Mangel ansieht, und es gibt die baulichen Mängel. Aber auch an den baulichen Mängeln ist noch nicht alles erledigt. Auf eines möchte ich hinweisen. Wenn sich in dem Schulhaus mehrere Kinder ausserhalb der Schulzimmer aufhalten, ist es so laut, dass man in den Schulzimmern gar nicht mehr arbeiten kann. Ich wäre auch froh, wenn man die Abrechnung in die Kommission geben würde. Da könnte man das anschauen und nochmals darüber diskutieren.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Gemeinderat Morat, vielen Dank für die Aufklärung über Mängel. Der Rest wird sich dann wohl in der KBU zeigen.

Ursula Krieger, AVP-Fraktion: Wie Frau Uccella schon sagte, haben wir uns auch mit der Frage beschäftigt, ob man die Abrechnung so genehmigen soll oder nicht. Macht es Sonn, sie an die KBU zu überweisen oder nicht? Natürlich kann man sagen, die Baukosten sind unterschritten worden. Das stimmt. Aber das Schulhaus «vergleichsweise günstig» zu nennen, dünkt uns doch etwas übertrieben. Vor allem im Schulrat, dem Frau Uccella und ich angehören, hört man immer wieder Klagen über Mängel, die eben offensichtlich auch konzeptioneller Art sind, z.B. eben die Akustik in der Turnhalle, oder die Probleme mit den Sonnenstoren. Schulleiter und Lehrer beklagen sich immer wieder. Da ginge es für uns einfach darum, das so abzuwickeln, dass es möglichst zügig und koordiniert verbessert wird. Gewisse konzeptionelle Mängel sind vielleicht schwieriger zu beheben. Nachdem wir längere Zeit unschlüssig waren, sind wir jetzt auch der Meinung, dass man die Abrechnung der KBU überweisen sollte. Und bei nächsten Schulhäusern, die man plant, sollte man vielleicht besser auf das Preis-Leistungsverhältnis schauen, also mehr zweckdienlich zu planen und vielleicht ein bisschen weniger originell. Wir werden uns für die Überweisung an die KBU aussprechen.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Ich rede als Gesamtschulleiter der Primarstufe Allschwil und als Nutzer dieses tollen Schulhauses. Es ist wirklich toll und modern, und trotzdem: Auch wenn Lehrpersonen und Schüler sehr gern hier drin sind, hat es einfach gewisse Punkte, die sich im Alltag als problematisch erweisen. Wir haben, wie gehört, interaktive Wandtafeln. Das ist wirklich etwas Tolles, das man sehr gut nutzen kann – so lange es dunkel ist. Wenn es aber draussen windet und darum die geschlossenen Storen automatisch hochgezogen werden, dann wird es im Raum hell und man kann mit diesen interaktiven Wandtafeln nichts mehr machen. In gewissen Zimmern hat es auch gar keine Storen, ich weiss nicht, aufgrund welcher Überlegungen, und dort ist es problematisch die interaktiven Wandtafeln überhaupt zu nutzen. Zudem ist der Lärm schon angesprochen worden. Ich würde Sie gerne einmal bitten, es sich anzuhören. Wir sind froh, dass es in der 10-Uhr-Pause für die Schüler ein Verbot gibt, sich im Schulhaus aufzuhalten; denn es wäre einfach nicht auszuhalten. In den Gängen ist es in der Zeit, wo die Kinder hereinkommen oder hinausgehen, so laut, dass man sich nicht normal miteinander unterhalten kann. Aber es gibt, wie ich informiert wurde, keine Grenzwerte oder dergleichen, die in Gängen eingehalten werden müssen, sondern nur in Zimmern. Weiter wurde die Turnhalle angesprochen. Ich glaube, ein Mangel, den man als solchen bezeichnen kann, sind die lieben Storen, die immer mal wieder unten bleiben oder nicht herunterkommen etc. Das ist, vermute ich, einer der 13 Mängel von ursprünglich ca. tausend, die noch behoben werden müssen. Und die Lärmemission in dieser Dreifachturnhalle, das habe ich damals schon in einem Gespräch angesprochen, ist einfach enorm in der mittleren Halle. Wenn eine Kindergartenklasse in der mittleren Halle Unterricht hat und links und rechts sind eine 5. und eine 6. Klasse, dann kann man in der Mitte einfach nur noch die Segel streichen, die Kinder mitnehmen und wieder heimgehen. Es ist nicht möglich zu unterrichten es ist einfach zu laut. Geht einmal in die Halle und hört euch das an. Ich weiss nicht, wieso man immer wieder auf diese tollen Dreifachhallen kommt, die oben eine tolle Balustrade haben, ohne Akustiktrennwände, mit Zwischenwänden, die in 4 Metern Höhe aufhören. Es ist eine Einladung an die Schallwellen, oben drüber, untendurch und links und rechts in die anderen Räume zu gehen. Das ist wirklich fast nicht zumutbar. Darum wäre auch ich für eine Überweisung an die KBU, damit sie das nochmals anschauen kann und man auch ein wenig Zeit gewinnt, um die Mängel wirklich zu beheben. Vielleicht kann man mit der gesparten Million ja auch noch bauliche Optimierungsmassnahmen umsetzen und dadurch einen Mehrwert generieren. Damit wäre uns als Nutzern wirklich gedient.

Marc Aellen, Präsident Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FIREKO): Es ist in der Tat so, dass die Fireko das Recht hat, Dinge selber anzuschauen, und bei 70 Millionen macht es ja auch Sinn, dass man das tut. Es handelt sich um ein ausserordentliches Projekt. Ohne jetzt Details vorwegzunehmen: Es ist effektiv so, dass das, was geplant wurde, auch ausgeführt wurde. Was überhaupt nicht funktioniert hat, waren die Planungsannahmen. Also, wie man zu dem Geld kommt, hat nichts mit dem zu tun, was wirklich passiert ist. Wir haben Steuern eingenommen, 34 Millionen mehr als erwartet, und hatten somit Geld. Wir konnten günstigere Einkäufe machen und hatten somit mehr Geld. Also das mit diesen Planungsannahmen hat nicht viel geholfen.

Jetzt noch rasch ein persönliches Wort zu Mängeln. Wie vorhin bemerkt wurde: Wenn die Akustik in den Arbeitsverträgen nicht festgelegt wurde, dann könnt ihr noch lange von Mängeln reden. Niemand wird das anschauen. Es ist auch ein Mangel vorhanden, dass wir als Einwohnerrat hergegangen sind und gefunden haben: Was kümmern uns SIA-Normen, die sagen, Planungsvoraussetzungen sollen +/- 10 % genau sein. Nein, wir sind besser, wir verlangen 5 %. Also: Wir haben ein wenig

Schwierigkeiten mit uns selber. Wir müssen zuerst wissen, was wir wollen, bevor wir sagen können, es ist nicht so gemacht worden, wie wir es wollten. Das fehlt.

Die detaillierteren Angaben waren geplant für den Rechnungsbericht. Darum wollen wir den Bericht jetzt nicht verteilen. Das hätte der Diskussion übrigens auch nicht geholfen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Marc hat mir gerade ein wenig aus dem Bauch geredet. Was ich bisher gehört habe, waren eben nicht Mängel, sondern Verbesserungspotenzial. Am Schluss, Martin, hast du ja auch von Optimierungspotenzial gesprochen. Wenn ein Storen hochgeht, wenn es windet, ist das kein Mangel. Es wäre ein Mangel, wenn ich einen Storen bestellt hätte, aber der Storen ist nicht da. Das heisst, wenn die KBU den Bericht an sich nimmt – und die SP-Fraktion, davon gehe ich aus, möchte das auch – und die nächste Einwohnerratssitzung ist in der 12. Kalenderwoche, das heisst, weil ja der letzte Mangel in der 11. KW erledigt sein soll, dann ist das mit den hängigen Mängeln ja obsolet. Auch wenn Matthias natürlich komplett recht hat. Ein Bericht geht nach unserem Geschäftsreglement zuerst in eine Kommission. Wenn man das ändern will, haben wir ja bald wieder eine Teilrevision, wo wir das dann anschauen können.

Zum Verfahren habe ich jetzt noch eine Frage an die SVP. Wir sind ja immer noch in der Eintretensdebatte, die SVP hat mittlerweile einen Antrag auf Nichteintreten gestellt, dann habe ich gehört, sie wollen es an die KBU überweisen. Beantragt die SVP immer noch Rückweisung? Wir sagen nein dazu, geben es aber gern der KBU. Dann haben wir das erreicht, was wir alle hier drin wollten.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin relativ viel in Sachen Schulbauten unterwegs. Ich möchte anknüpfen an das, was Gemeinderat Christoph Morat gesagt hat: Man muss schon aufpassen, wenn man von Mängeln spricht. Also das, was da baurechnungstechnisch zur Debatte steht, sind die Mängel, die er aufgezählt hat und die noch zu beheben sind. Eine andere Kategorie, und eine wirklich ganz andere Kategorie, ist die Gebrauchsfähigkeit von Bildungsräumen. Das ist etwas ganz anderes. Das hat nichts zu tun mit der bauabrechnungstechnischen Abrechnung von Mängeln oder Nicht-Mängeln. Und die Gebrauchsfähigkeit von Schulgebäuden ist häufig akustisch sehr beeinträchtigt. Ich könnte da ganz lange Geschichten erzählen von Schulen, die enorme Probleme mit Aggressionen hatten, und als man das analysierte, hat sich herausgestellt, der Grund sind nicht die bösen Schüler, sondern die schlechte Akustik. Also nochmals: die Gebrauchsfähigkeit ist eine andere Kategorie als Mängel. Und die Gebrauchsfähigkeit ist eigentlich auch nicht die Ebene, von der ich denke, dass sie der Kommission zur Begutachtung vorgelegt werden muss. Das ist eine andere Dimension. Da geht es darum – Stichwort Optimierung oder Verbesserung oder, wofür ich häufig engagiert bin, bestehende Schulbauten für den Betrieb, für den sie jetzt gebraucht werden, besser zu machen. Das kann nicht mit dieser Abrechnung bewerkstelligt werden.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Das Projekt hat ja nun schon länger auf die Schlussabrechnung gewartet, und das ist ja mitunter ein Grund für diese Optimierungsphase. Die Optimierungsphase hat jetzt stattgefunden, und anscheinend, wie sich aus den gehörten Voten ergibt, ist es immer noch nicht zufriedenstellend. Dann handelt es sich nicht um einen Mangel, sondern es geht gewissermassen um eine weitere Planung, die da noch stattfinden muss. Das heisst aber noch lange nicht, dass man das Projekt nicht abschliessen kann. Es ist eben häufig so, dass bei einem Gebäude erst mit der Nutzung die noch «fehlenden Planungen» nachgebessert werden müssen. Wir sind der Meinung, dass wir die Schlussrechnung abschliessen und dann vorwärts schauen und mit den Optimierungen weiterfahren sollten.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Es ist mir ein persönlich wichtiges Anliegen, zu dem Thema etwas zu sagen. Ich möchte gar nicht auf Dinge wie Wertschätzung eintreten oder darauf, ob Fehler passiert sind, ich möchte auch nicht über Mängel oder eine Erweiterung des Planungshorizonts reden. Was mich viel wichtiger dünkt, ist – und das haben wir vom Gemeinderat bereits gehört – was das für ein unglaubliches Projekt gewesen ist, von der Grösse und vom Volumen her. Und wenn wir in dieser Gemeinde ein Projekt realisieren mit der Grössenordnung CHF 65 Mio., was nicht ganz, aber fast genau 65 % unserer Steuereinnahmen sind, dann fände ich es – auch wenn die Fireko es geprüft hat, was sie sicher korrekt und gewissenhaft getan hat, aber sie sind keine Fachleute für das Bauliche – unverantwortlich, dieses Projekt ohne Überprüfung durch die für das Bauliche zuständige Kommission anzunehmen und abzuschliessen. Wir reden nicht von der Erweiterung eines Gartenschopfs oder des Werkhofs – und das ist jetzt nicht despektierlich dem Werkhof gegenüber – für CHF 40'000. Sondern wir reden über CHF 65 Mio. Steuergelder, die man gebraucht hat, um dieses Objekt zu erstellen. Und bei so einer Summe gehört es sich einfach, dass die entsprechende fachliche Kommission drüber

schaut, was geplant und was umgesetzt hat und wie es mit den Geldern aussieht. Und zwar nicht, weil ich jemandem etwas unterstellen wollte, sondern einfach damit das eine saubere Sache ist angesichts dieser Grössenordnung. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass es ganz klar notwendig ist – und ich bin froh, dass das schon viele vorher gesagt haben –, das Geschäft an die KBU zu überweisen. Dazu wäre zu präzisieren, dass der Antrag nicht lauten sollte auf Nichteintreten, sondern unser Antrag lautet auf Überweisung an die KBU.

Markus Gruber, Präsident: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der SVP.

://:

Mit 26 Ja und 2 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen, das Geschäft 4099C an die Kommission für Bau und Umwelt überwiesen.

Markus Gruber, Präsident: Wir machen Pause bis 20.10 Uhr

PAUSE

INFO-FENSTER DER GEMEINDERATS

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich habe zwei Informationen. Die eine betrifft das Projekt EVA, «Entwicklung Verwaltung Allschwil», das andere die Thematik Versorgungsregion Alter, über das ich im Namen von Roman Klauser informieren darf.

Sie wissen, wir haben mit der Initialisierung der Reorganisation gesehen, dass wir ein Folgeprojekt lancieren müssen, damit die von oben vorgegebene Reorganisation auch auf die Verwaltungsebene herunterkommt; das ist das Projekt «Entwicklung Verwaltung Allschwil», kurz EVA. Dort ist der Gemeinderat mit drei Mitgliedern im Steuerungsausschuss, dieser und vor allem die Verwaltung sind an der Arbeit. Es ist jetzt vorgesehen, dass wir das Projekt abschliessen können. Es gab verschiedene Teilprojekte, das eine oder andere wurde schon etwas früher abgeschlossen, andere etwas später. Aber alles befindet sich innerhalb des Zeitplans. Es ist die Meinung, dass wir jetzt noch rund drei Sitzungen brauchen. Bei der letzten Sitzung, die im Juni stattfinden soll, möchten wir einen Abschlussbericht zuhanden des Einwohnerrates ausarbeiten, respektive genehmigen, damit der Einwohnerrat auch sieht, was alles gegangen ist. Voraussichtlich im September 2019 soll er hier im Einwohnerrat traktandiert werden können.

Zur Versorgungsregion Alter: Seit dem 1.1.2018 ist das APG im Kraft. Es sieht vor, dass die Gemeinden sich in Versorgungsregionen zusammenschliessen. Wir als Gemeinde Allschwil haben uns entschlossen, den Zusammenschluss mit Binningen und Schönenbuch einzugehen. Wir haben deswegen auch eine interkommunale Arbeitsgruppe eingesetzt, welcher von unserer Seite Roman Klauser und Ueli Weyermann angehören, zusammen mit den Pendanten aus den Partnergemeinden. Die Arbeitsgruppe hat sich intensiv vor allem mit der Rechtsform der Versorgungsregion auseinandergesetzt, und es ist jetzt vorgesehen, diese in Form eines Vertrages zu regeln. Dieser Vertrag ist auch in allen Gemeinderäten verabschiedet worden. Aber es ist ja klar, der Vertrag darf letzten Endes auch in den Einwohnerrat kommen, also bei uns und in Binningen vor den Einwohnerrat und in Schönenbuch vor die Gemeindeversammlung. Und alle drei Gremien dürften hoffentlich diesen Vertrag in gleichem Wortlaut verabschieden. Jetzt besteht die Schwierigkeit, wie man hier zum Ziel kommt. Wir haben uns jetzt zusammen mit den beiden Partnern entschieden, eine öffentliche Informationsveranstaltung zu starten. Daran dürften der Einwohnerräte aus Binningen und Allschwil teilnehmen und aus Schönenbuch die Gemeinderäte sowie am allerliebsten natürlich interessierte Einwohnerinnen und Einwohner. Die Veranstaltung soll einfach der Startschuss sein, damit alle Gemeinden zum gleichen Zeitpunkt die gleichen Informationen bekommen. Die Veranstaltung findet statt, wie sie per Mail mitgeteilt bekommen haben, am 27. März 2019, 18.30 Uhr in Binningen. Ich wäre sehr froh, wenn ganz viele von ihnen daran teilnehmen würden. Es ist ein wichtiges Projekt. Wir haben dazu ja auch bereits Vorstösse aus dem Einwohnerrat entgegennehmen dürfen; darum wäre es wichtig, dass wir die Informationen an möglichst viele von ihnen weitergeben könnten. Sie werden dort auch erfahren, wie es dann weitergehen soll, bis der Vertrag in Kraft ist, und natürlich auch, wie es danach weiterlaufen soll.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich habe noch kurz Gelegenheit, Ihnen die ganz neuen Grabkreuze schnell zu zeigen, einfach damit Sie – in Bezug auf eine frühere Diskussion im Einwohnerrat – wissen: Die neuen Grabkreuze sind jetzt sehr stabil. Es gibt sie in zwei Ausführungen. Die zweite ist hier gerade mit dem Projektor dargestellt. Diese wird man in Zukunft einsetzen in der ersten Zeit nach der Beisetzung.

Andreas Lavicka, SP-Fraktion: Geschah das jetzt aufgrund meiner Interpellation, die ich vor etwa einem halben Jahr eingereicht habe? – Vielen Dank!

Markus Gruber, Präsident: Wir kommen zur dringlichen Interpellationen, Geschäft 4442.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich beantworte die gestellten Fragen gerne und erlaube mir, die Fragen 1 und 2 gemeinsam zu beantworten und dann die 3. und 4. getrennt. Vorweg muss ich sagen: Der Gemeinderat ist auch nicht «amused» über das ganze Vorgehen und die lange Vorlaufzeit, vor allem deswegen nicht, weil am Wochenende vom 19. Mai – und ich beziehe jetzt alles auf diese Abstimmung vom 19. Mai – nicht nur Abstimmungen stattfinden sollen, sondern allenfalls auch die Ersatzwahlen für den Regierungsrat. Genau da steckt ein Problem, das nicht von Anfang an aufgefallen ist. Für die Regierungsratsersatzwahl müssen Sie bereits am 5. März den Anmelde-Talon einreichen und am 26. März die Plakate, aufgrund des Mails, das Sie ihr alle bekommen haben. Aber zu diesem Zeitpunkt weiss man ja auch nicht, was am 31. März passiert ist. Ich habe im Gemeinderat ein – nicht ganz realistisches – Beispiel genommen: Angenommen, Anton Lauber wird nicht gewählt. Was macht dann die CVP? Das hätte eigentlich auffallen müssen, und da möchte ich mich in aller Form entschuldigen. Wenn das Problem nach dem 31. März wirklich auftreten würde, müssten wir eine Lösung finden. Ich bin überzeugt, dass wir da alle zusammen pragmatisch eine Lösung finden werden. Es wird dann eben so sein, dass – nehme ich an – die Parteipräsidentinnen und -präsidenten an einen runden Tisch sitzen müssen, zusammen mit mir oder jemandem von der Verwaltung.

Neben diesem Problem mit der Wahl steht aber ja auch eine grundsätzliche Kritik an den langen Vorlaufzeiten im Raum. Damit ich Ihnen anschaulich machen kann, was das Problem ist, bitte ich, den Agenda-Auszug aufzulegen. Am 19. Mai ist das Abstimmungswochenende. Von da an zurückgerechnet kann man sagen, vier Wochen Aushangzeit wäre realistisch. Es könnten aber auch sechs Wochen sein; von Gesetzes wegen dürfen die Plakate sechs Wochen hängen. Wenn man von vorne anfängt, ergibt sich: Am 5. März müssen Sie den Anmelde-Talon und am 26. März die Plakate einreichen. Die nächsten Fristen sind jetzt die, die aufgrund der Zusammenarbeit mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft APG zustande kommen. Sie geben uns vor, dass sie die Plakate ganz genau mindestens 10 Arbeitstage vorher brauchen. Denn die Plakate, wenn Sie sie am 26. März eingereicht haben, gehen nach Wallisellen. Dort werden alle Plakate der APG aus der ganzen Schweiz konfektioniert und kommen dann spätestens am 17. April wieder zurück und werden dann aufgestellt. Dann haben Sie, wie gesagt, die vier Wochen Hängezeit. Sie sehen also, grossen Spielraum gibt es in diesem ganzen Ablauf leider nicht. Klar könnte man sagen, das Einreichen des Anmelde-Talons könnte man noch ein paar Tage hinausschieben. Aber dann kommen die Fastnachtsferien, was wieder ein Problem macht. Die Angaben müssen ja verarbeitet werden. Wenn die Anmelde-Talons eingehen, muss man anfangen auszurechnen, wie viel Plakatplatz jede Partei bekommt. Genau diese Arbeit muss gemacht werden. Sie sehen also, es gibt leider Gottes leider nicht viel Spielraum, selbst wenn das jetzt nach einer sehr langen Vorlaufzeit aussieht. – Was gäbe es für andere Lösungen? Die gibt es. Es gäbe die Möglichkeit, dass sie als Parteien die Plakate selber aufhängen, wie das offenbar vor Jahren auch schon so gemacht wurde. Es wird übrigens auch in einigen anderen Gemeinden so gemacht, zum Beispiel in Reinach, wo die Parteien ihre Plakate selber aufhängen. Oder es gibt die Möglichkeit, dass der Werkhof die Plakate aufhängt. Oder es gäbe allenfalls noch die Möglichkeit, jemand anderen zu finden als die APG, der nicht so eine lange Vorlaufzeit mit dem Umweg über Wallisellen braucht. Was die Lösung mit dem Werkhof angeht, ist man schon am Abklären, ob das machbar wäre. Klar, das bräuchte Manpower seitens der Verwaltung, aber es ist jedenfalls eine Lösung, die man andenken kann. Es ist aber sicher auch dort nicht so, dass es keine Vorlaufzeit braucht. Ich bin aber überzeugt, dass wir eine Lösung finden werden. Das Problem ist einfach, dass wir den Vertrag mit der APG dieses Jahr noch haben und eine neue Lösung erst ab dem 1.1.2020 ins Auge fassen können.

Noch zur letzten Frage: Ich denke, das ist eine Frage, die der Einwohnerrat entscheiden müsste. Ich erinnere einfach daran, dass mehrheitlich von den Parteien gewünscht wurde dass das wilde Plakatieren ein Ende hat. Darum hat man ja auch das Reklame-Reglement revidiert. Aus Sicht des Gemeinderats würde ich Ihnen nicht empfehlen, dass man darauf wieder zurückkommt. Ich denke, wir

haben jetzt hier in Allschwil ein schöneres Bild als beispielsweise in Oberwil, wo die Plakate irgendwo herumhängen. Aber wie gesagt, letzten Endes liegt das in der Kompetenz des Einwohnerrates und bräuchte eine Teilrevision des Reklame-Reglements.

Ich denke, wir müssen zusammen am runden Tisch eine Lösung finden ab 1.1.2020, damit wir die Vorlaufzeiten ein wenig verkürzen können. Da müssen wir sehen, wie und in welcher Form wir ins Gespräch kommen. Von Seiten des Gemeinderats ist man da sicher offen.

Markus Gruber, Präsident: Ich frage die Interpellanten an, ob sie mit der Antwort zufrieden sind.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wir hatten die gemeinsame Interpellationen eingereicht, weil es uns Bauchweh bereitet, dass wir schon Plakate vordrucken sollen, wenn wir noch nicht einmal wissen, ob es Nachwahlen geben wird. Da müssten wir uns wirklich zusammensetzen und eine Lösung finden. Ich nehme an, es gibt bei jeder Partei eine kantonale Parolenfassung, wie das normal ist. Bei der FDP ist das am 10. April hier im Mühlestuhl in Allschwil. Das reicht aber trotzdem nicht, um bis am 26. zurückzurennen und die Plakate abzugeben. Die SVP ist am 11. April an der Reihe, die CVP ebenfalls am zehnten und die SP, glaube ich, am 8. April. Ich frage mich auch, inwiefern solche Termine von Schulferien abhängig sind. Schulferien sind ja nicht gleich Gemeindeferien. Wir müssen wirklich zusammensitzen und versuchen eine Lösung zu finden. Wenn das nicht gelingt, müssen wir uns in den Parteien fragen, ob wir das wollen und können, oder ob wir nicht wieder ein anderes System aufbauen müssen, dass vielleicht nicht so toll war.

Markus Gruber, Präsident: Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Liegt ein Gegenantrag vor? – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Diskussion eröffnet.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Zunächst ein grosses Dankeschön an Etienne, der ja die Interpellation gestartet hatte. Ich denke auch, dass der Ball jetzt bei uns liegt. Wir sollten parteiübergreifend zusammensitzen und analysieren, wie wir das Plakatieren für die Zukunft eventuell neu gestalten können. Vielleicht wäre das mit dem Werkhof eine Lösung, oder dass wir selbst Hand anlegen. Da könnte man ja auch parteiübergreifend denken und sich auf Gegenseitigkeit aushelfen. Es darum auch wichtig, dass die Diskussion hier einmal angestossen worden ist. Wir von der FDP sind sicher bereit, solche Gespräche zu führen und wir freuen uns darauf, wenn wir das im Verlauf dieses Jahres irgendwann tun können, sodass wir ab 2020 eine andere Lösung haben, die effizienter ist und nicht solche Probleme mit sich bringt.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich bin dann gespannt, wie das aussieht, wenn sich SP und FDP gegenseitig Hand anlegen, aber lassen wir das einmal im Raum stehen. Ich hätte noch eine Frage an die Gemeindepräsidentin bezüglich des Vertrages mit der APG: Ich sehe doch recht, dass die Plakatständer der Gemeinde gehören und nicht der APG? Dann wäre die Frage, wie genau wir vertraglich gebunden sind, was das Aufhängen von Plakaten an gemeindeeigenen Ständern durch einen anderen Anbieter angeht? Wie ist die genaue rechtliche Situation?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wir haben jetzt noch einen Vertrag mit der APG, der bis Ende 2019 läuft. Dieser umfasst das Aufziehen und Aufstellen der Plakate. Aber es trifft zu, die Ständer gehören der Gemeinde.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin froh, dass der Gemeinderat erkannt hat, dass hier ein Problem vorliegt. Mit diesem Termin vom 19. Mai ist das offensichtlich geworden. Aber es ist auch bei den anderen Terminen so, dass Allschwil wahrscheinlich im ganzen Kanton die Gemeinde ist, die die längste Vorlaufzeit hat, sodass man Plakate schon liefern sollte, bevor die Parolenfassung erfolgt ist. Wenn ich nun diesen Kalender anschau, konkret bezogen auf das Problem des 19. Mai, dann stellt sich für mich die Frage, ob man nicht in einem solchen Fall, wo es eng ist, die Aufhängezeit verkürzen könnte. Man könnte ja zum Beispiel sagen, man nimmt nur drei statt vier Wochen, dann hätte man schon einmal eine Woche gewonnen. Dann stelle ich auch fest, dass zwischen der Einreichung der Plakate und dem Anliefern in Wallisellen auch eine gute Woche eingerechnet ist. Wir müssen die Plakate ja noch persönlich anliefern auf der Gemeinde, weil die das unter Kontrolle haben möchte. Da möchte ich einfach fragen, ob es nicht möglich wäre, die Plakate direkt von der Druckerei nach Wallisellen liefern zu lassen; dadurch würde man auch praktisch eine Woche sparen. Am Ende hätte man zwei Wochen auf diesen Zeitplan gewonnen, das ist für die Parteien in diesem Fall nicht wenig. Denn alles andere ist dir auch sehr knapp: Der Grafiker muss sehr schnell arbeiten, die Druckerei muss sehr schnell arbeiten, und wenn dann noch eine Woche auf der Verwaltung verloren geht, bzw. mit dem Kontrollprocedere, dann ist das ziemlich misslich.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Bei der Aufhängezeit kann man sicher sparen, bzw. diese verkürzen. Ich erinnere einfach daran, die Plakatierung ist nicht das erste Mal ein Thema. Und als sie das letzte Mal ein grosses Thema war, wurde genau diese Aufhängefrist moniert, es hiess, sie sei zu kurz. Ich habe dort versucht abzuklären, wie lang sie im Schnitt ist. Und es ist so, es gab Aufhängezeiten von nur zweieinhalb Wochen, aber auch solche von viereinhalb Wochen. Aber wenn Sie mir sagen, drei Wochen reichen, dann hat man effektiv eine Woche gespart. Und die andere Thematik, wie die Plakate, wenn sie eingereicht sind, nach Wallisellen gelangen, das ist eine Kostenfrage. Ich nehme an, so, wie es hier eingeplant ist, werden sie per Post verschickt. Man könnte sie selbstverständlich auch hinfahren; aber das kostet natürlich mehr, nehme ich an.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich möchte mit Blick auf die Zukunft davor warnen, das wilde Plakatieren wieder einzuführen. Das führt dann wieder zu Streitigkeiten, die nicht nötig sind. Was den 19. Mai angeht, so ist das eben jetzt sehr knapp gesetzt worden. Ich bin der Meinung, die Köpfe, die dann oben sind, sind ja die gleichen, die in der ersten Runde schon oben waren; sicher nicht alle, aber die, die die Nachwahl antreten. Diese Köpfe werden ja wieder aufgehängt. Ich nehme an, diese Plakate hat man doch dann bei der Hand. Oder muss man da alles neu machen?

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte nicht in die Lösungsebene gehen. Ich finde günstig, was Urs Pozivil gesagt hat, dass die Parteien das einmal gemeinsam anschauen sollen. Aber etwas möchte ich schon noch sagen: Ich finde diese APG nicht kundenfreundlich; man sollte sich überlegen, ob man sich nicht von dieser Firma lösen will zugunsten einer Lösung, bei der man es selber macht. Eine Zwischenlösung zwischen wild plakatieren und nicht wild plakatieren könnte ja sein, dass man die Ständer, die die Gemeinde jetzt hat, belegt, und sonst nichts.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich glaube, ich bin vorhin nicht ganz richtig verstanden worden bezüglich der Lieferung nach Wallisellen. Die Frage wäre gewesen, ob nicht die Parteien ihre Plakate direkt von der Druckerei nach Wallisellen liefern lassen könnten, statt dass sie die Plakate zu sich nach Hause liefern lassen, sie dann auf die Gemeindeverwaltung bringen, wo sie dann kontrolliert, verpackt und nach Wallisellen geschickt werden. Damit geht viel Zeit verloren. Natürlich sind die zehn Tage, die die APG braucht, relativ viel; aber die tun das ja auch, weil einmal etwas schief gehen könnte und noch einmal kontrolliert werden müsste. Am Ende sind wir also fast vier Wochen lang am Kontrollieren und Zusammenstellen. Das könnte man verkürzen, wenn man so viel Vertrauen in die Parteien hätte, dass sie die richtige Anzahl an die APG liefern.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich denke, wir müssen ja nicht heute hier drin die totale Lösung finden. Wichtig ist, dass wir das Problem sehen und dann einen Weg suchen, diese aber ausserhalb des Einwohnerrats. Nur so viel zur Prüfung der Plakate: Als damals das Reklame-Reglement revidiert wurde und die Verordnung dazu erstellt wurde, war das auch ein Anliegen des Einwohnerrates, dass eben geprüft wird, wie die Plakate aussehen, sodass nicht irgendwelche Plakate aufgehängt werden. Diese Prüfung ist bis jetzt immer gemacht worden – es sei denn, Sie sagen, das sei künftig nicht mehr nötig.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 10

Bericht des Gemeinderates vom 23.01.2019, zum Postulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 04.09.2017, betreffend Generationenspielflächen – Begegnungsort für alle
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4349 / A

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich kann heute, in Anwesenheit des Postulanten, ein sehr ausführliches Arbeitspapier vorlegen. Es basiert natürlich auf dem Freiraumkonzept von 2013. In der Zwischenzeit ist allerdings viel dazugekommen. Es ist das strategische Leitbild des Gemeinderats dazugekommen, das sagte, dass die Generationenspielflächen in Allschwil eine grosse Bedeutung haben und dass man in den Jahren 2020 und 2021 einen grossen Schritt vorangehen möchte. Bei den Handlungsfeldern haben wir einige Sachen schon erledigt. Dieses Jahr wird ja der Wegmattenpark mit dem Spielplatz

gebaut, der Lindenplatz steht kurz davor, ebenfalls konkretisiert zu werden. Und mit dem Parc des Carrières gibt es ja auch ein sehr grosses Zukunftsprojekt, dass ausserhalb von Allschwil realisiert werden soll. Und ich bitte Sie an dieser Stelle, einfach noch ein wenig Geduld zu haben; denn im Jahr 2020 möchte wir das Spielplatzkonzept erarbeiten lassen.

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten wird. – Das ist nicht der Fall.

Allgemeine Beratung

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich finde es eine sehr ehrliche und zweckmässige Analyse in einem Qualitätsgrad, der eigentlich schon eine Masterarbeit sein könnte. Die Analyse hat aber einen Schönheitsfehler, den ich erwähnen möchte, nicht um zu kritisieren oder Vergangenenheitsbewältigung zu betreiben, sondern in die Zukunft gedacht. Der Pausenplatz dieses Schulhauses ist, entgegen seiner diesbezüglichen Erwähnung im Bericht, nicht ein gutes Beispiel. Zeno Steuri, der partizipativ bei der Entwicklung dieses Pausenplatzes beteiligt war und auch wieder beim Schönenbuch-Schulhaus für den Pausenplatz engagiert ist, ist traurig über das Ergebnis, das hier vorliegt. Was ich auch noch erwähnen möchte: Gemeinderat Vogt sagte, man möge ein wenig Geduld haben. Ich bin das ein wenig gewohnt vom Gemeinderat, das mit der Geduld. Ich habe nicht gern immer so viel Geduld. Es geht ja um Menschen, die von etwas profitieren können oder eben nicht. Und in dieser Antwort geht es mir zu wenig konkret in Richtung Generationenspielplatz. Ich war beteiligt am Hopp-la-Pilotprojekt auf der Schützenmatte in Basel und hatte dem Gemeinderat nahegelegt, in der Wegmatten in diese Richtung etwas zu konkretisieren. Davon sehe ich jetzt leider nichts. Das Hopp-la-Pilotprojekt ist inzwischen weiterentwickelt und in zahlreichen Gemeinden realisiert worden, in den Kantonen Appenzell-Ausserrhoden, Bern, Graubünden, St. Gallen, Thurgau und Zug. Eigentlich wäre ich stolz gewesen, wenn Allschwil und der Kanton Baselland auch in dieser zweiten Hopp-la-Generation gewesen wären.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Ich unterstütze das Votum von Ueli Keller. In dem Bericht ist der Aspekt des Generationenspielplatzes zu wenig zum Ausdruck gekommen. Es ist aber jetzt mündlich gesagt worden und steht nachher auch im Protokoll, und man kann den Gemeinderat dann daran festhalten. – Ich habe noch eine Verständnisfrage. Wir hatten ja im 2013 dieses Freiraumkonzept erstellt. Dieses vereinte das Grünanlagenkonzept und das Spielplatzkonzept. Aus diesen beiden ist das Freiraumkonzept entstanden. Somit ist unser Freiraumkonzept auch ein Spielplatzkonzept. In diesem Freiraumkonzept, das auch ein Spielplatzkonzept ist, steht, dass der Gemeinderat gut daran täte, eine Spielplatzstrategie zu erstellen. Ferner wurde auch empfohlen, eine Spielplatzrichtlinie zu erarbeiten. Aber seit diesem Freiraumkonzept, das auch ein Spielplatzkonzept ist, sind sieben Jahre vergangen – und jetzt steht in dieser Antwort, dass man im Jahr 2020 ein Spielplatzkonzept machen will. Für mich ist jetzt einfach nicht ganz klar, welches Konzept für was war, und ob diese Spielplatzstrategie überhaupt jemals gemacht wurde. Und wenn man anschaut, was jetzt schon alles gegangen ist und auch in diesem ausführlichen Bericht steht: Braucht es dann dieses Spielplatzkonzept überhaupt? Und falls ja: Bis wann liegt es dann auch vor? Und da möchte ich einfach eine Zahl haben und nicht «wenn es dann eben fertig ist».

Robert Vogt, Gemeinderat: Man kann jetzt schon sagen, vorausgesetzt, das Budget 2020 wird genehmigt, dass im 2020 das Spielplatzkonzept vorliegen wird. Es ist so: Das Spielplatzkonzept, das Teil ist des Freiraumkonzepts, hatte natürlich eine ganz andere Flughöhe. Dort ging es einfach darum, die Defizite und Qualität der jetzigen Spielplätze aufzuzeigen. Daraus wollte man Massnahmen ableiten – von denen wir, wie im Bericht gezeigt wird, viele schon umgesetzt haben. Aber beim neuen Spielplatzkonzept vom nächsten Jahr möchten wir viel mehr ins Detail gehen, sodass also alle Nutzer eines Spielplatzes, eben ganze Generationen von Jung bis Alt, ihren Spielplatz vorfinden, den sie nutzen können. Und das ist ein ganz neuer Aspekt. Darum auch ein Konzept.

Flavia Tschan, SP-Fraktion: Als Erstes möchten wir danken für den Bericht des Gemeinderats und das Zusammentragen der wesentlichen Grundlagen aus dem Freiraumkonzept über rund 100 Seiten, das die Gemeinde Allschwil im 2013 bekommen hat. Bezüglich der Spielplätze bin ich an mehreren Stellen fündig geworden, auch im Archiv, was mein Empfinden aus den letzten Jahren bestätigt hat, nämlich dass diese Spielplätze in Allschwil ein enormer Brennpunkt sind. Im 2010 hat nämlich die CVP-Fraktion, namentlich Mathilde Oppliger, ein Postulat betreffend Kinderspielplatzkonzept eingereicht. 2013 wurde das Postulat abgeschrieben, weil man sich darauf geeinigt hatte, dass man ja jetzt ein Freiraumkonzept hat und darin, wie Christian Stocker Arnet erwähnte, eine Spielplatzstrategie gefordert ist. Das Bedürfnis, dass etwas gemacht wird, ist in Allschwil enorm gross, schon seit 2013

oder eben sogar 2010. Im 2018, also letztes Jahr, wurde das Ganze nochmals unterstrichen durch eine Petition von Einwohnerinnen und Einwohnern von Allschwil mit rund 500 Unterschriften, die klar forderte, dass etwas getan wird, und zwar jetzt. Wie Ueli Keller vorhin schon sagte: Diesen Leuten entgeht etwas, es ist ihnen schon etwas entgangen in den letzten Jahren, und es muss etwas gemacht werden. Und ich hoffe, dass wir uns hier drin alle einig sind. Es muss etwas gemacht werden für alle Generationen, und ich bin auch der Meinung, dass in so einem Spielplatzkonzept festgehalten werden kann, dass alle Generationen etwas finden sollen. Und auch dazu möchte ich den Gemeinderat gern auffordern, mit den Institutionen, die Erfahrung haben – Hoppla wurde erwähnt – in Verbindung zu treten, damit man gute Lösungen für alle Generationen finden kann. Darüber, dass auch die heutige Situation analysiert wurde, bin ich sehr froh. Man sieht auch, wo es noch Defizite hat. Und ich glaube, gerade dort, wo man erkennt, dass die Defizite kein riesiges Ausmass haben, sondern dass man ein solches beheben könnte, indem man jemanden vorbeischiekt, der vielleicht ein Segeltuch als Schattenspender aufhängt oder zwei zusätzliche Schaukeln aufstellt – ich denke, die Leute vom Bau würden so etwas gern umsetzen. Und ich hoffe einfach, dass das in Zukunft schneller geht, dass man sich an die Umsetzungsplanung macht und nicht noch weitere Zeit verschwendet mit der Konzeptfindung.

Dann habe ich noch eine ganz andere Frage. Ich habe das Budget angeschaut. Es wird immer mal wieder davon geredet, sei es dass Schatten fehlt oder eine Sitzbank oder eine Rutschbahn kaputtgegangen ist; ich habe die Rechnung für das Jahr 2017 gesehen, und mir ist nicht ganz klar, wo solche kleineren Ausbesserungs- oder Unterhaltungsarbeiten untergebracht sind. Wenn es mir recht ist, ist es unter Kapitel 3, «Freizeit», und dort fällt mir einfach auf, dass das Budget, das man eigentlich hätte, nicht ausgeschöpft wurde. Da frage ich mich, wenn man das Budget schon hat, dann könnte man doch erst recht etwas machen.

Darum meine Bitte, schnell an die Umsetzungsplanung zu gehen und nicht mehr weitere Jahre zu verschwenden mit einem Spielplatzkonzept, die Netzwerke, die es hat, zu nutzen, damit es wirklich gute Spielplätze gibt für alle Generationen; und ich denke auch, es gibt genügend gute Beispiele für gute Generationenspielplätze, wir müssen nicht weit gehen. Darum möchten wir eigentlich auch, dass das Geschäft nicht abgeschrieben wird, sondern wir möchten es gern stehen lassen und möchten uns jetzt wirklich an die Umsetzungsplanung wagen.

Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich war, mit anderen zusammen, an der Vernissage des Lindenplatz-Projekts. Gemeinderat Vogt hat ja gesagt, der Lindenplatz soll auch ein Spielplatz sein. In dem Projekt, das vorgestellt wurde, ist dieser Platz alles, aber sicher kein Spielplatz. Wenn man das Projekt anschaut, ist es ein Platz, ein Begegnungsplatz, der zugeschnitten ist auf Leute, sagen wir zwischen 15 und höchsten 65 Jahren. Also sicher nicht für alle Generationen. Ich möchte dem Gemeinderat nahelegen, das Projekt so zur Ausführung zu bringen, dass auch Kinder sich auf dem Platz wohlfühlen können und auch Leute über 65, die vielleicht einmal etwas länger hinsitzen möchten, die ein Bänkchen finden möchten, das vielleicht ein wenig gruppiert ist, das ein wenig Schatten hat, nicht nur viereckige Klötze, auf denen man sich nirgends anlehnen kann. Schauen Sie die Visualisierung einmal an. Sie werden nichts finden, was ansprechend ist für ältere Leute – zu denen ich mich dann auch zählen muss, bis der Platz einmal realisiert ist – und nichts für jüngere Leute, zu denen ich auch wieder hoffe dazuzugehören, wenn ich mit meinen Enkeln dorthin gehe. Ich bitte wirklich, schauen Sie das Projekt unter den Kriterien, die Sie sich jetzt selber gesetzt haben, an und passen Sie es dann entsprechend an.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich will es einmal so sagen: In gewissen Dingen wird uns hier etwas vorgegaukelt. Seite 5, «Bereits umgesetzte Projekte»: Es ist von einem «Pausenhof-Workshop» die Rede, zu dem die Schüler eingeladen wurden. Von dem, was die Schüler wollten, ist überhaupt nichts realisiert worden. Ich weiss es, weil mein Sohn in der letzten Gruppe war, als sie das letzte Modell bauten. Auf meine Frage gestern, was realisiert worden sei, sagte er. «Gar nichts!» Es habe geheissen, das geht nicht, das ist schon verplant und dort können wir auch nichts machen. Und wenn ich den Spielplatzplan anschau: Wie kann man Plumpi als «gut» bezeichnen; das hat gar nichts Gutes, wenn man dort hinschaut. Das Jugendland als gut bezeichnen – vor 30 Jahren, als ich noch dort gespielt habe, war es nicht einmal so schlecht. Heute existiert der ganze hintere Teil so gut wie nicht mehr. Dürrenmatt «gut», weil man ein paar Babyschaukeln hingetan hat? Die Leute sind dort, weil sie keinen anderen Ausweg haben. Aber das wirklich als Spielplatz zu bezeichnen, finde ich schwer. Wir reden von Freiraumkonzept und Spielplatzkonzept und Kinderspielplatzkonzept. Es muss genehmigt werden. Es muss entworfen werden. Meine Damen und Herren, wir brauchen Spielplätze. Spielplätze, und jetzt. Wenn Sie mal nach Oberwil gehen: Dort wird ein ganz neuer Spielplatz gebaut.

Nach so etwas schlecken sich die Kinder die Finger. Wir haben nichts, aber gar nichts Ähnliches hier in Allschwil. Und von Generationenspielfeld sind wir noch sehr, sehr weit entfernt.

Semra Wagner, SP-Fraktion: Ich bin seit 2008 in diesem Einwohnerrat, und das Thema «Allschwil und seine Spielplätze» – also: seine lieblosen Spielplätze, ich schliesse mich da Henry Vogt an – war immer ein Thema. Ich bin eine von denen, die diese Babyschaukeln dahin gebracht haben. Wir haben immer noch zu wenig, es sind ja nur zwei, und die Leute stehen immer noch Schlange. Meine Kinder sind jetzt schon lang gross. Jetzt ist das Bettenacker weg und es hat keinen Ort zum Spielen. Das Sturzenegger-Areal wird überbaut – kein Ort zum Spielen. Auf dem Gartenhof hat es auch keinen Platz, meine Kinder sind auch nicht damit zufrieden. Jetzt drehen und drehen und drehen wir uns, es werden ständig irgendwelche Konzepte und irgendwelche Strategien entworfen, ich kann es wirklich nicht mehr hören. Ich bin jetzt elf Jahre dabei. Es ist unglaublich. Der Gemeinderat soll ehrlich sein und sagen: «Ich will das Geld nicht in die Hand nehmen.» Wir sind die grösste Gemeinde im Baselbiet. Wir können mit nichts punkten in Sachen Spielplätze, mit nichts. Wohin gegen unsere Leute? Entweder auf den Dürrenmatt-Platz, wo monatelang die Rutsche kaputt war und die Eltern eine Petition machen mussten. Ich verstehe es nicht. Wir hatten ein Freiraumkonzept, und ich hatte gehofft, dass es jetzt endlich gemacht wird. Und wir reden und reden, und es heisst, also in zwei Jahren, und im 2020 kommt dann vielleicht einmal dieses Freiraumkonzept; aber vielleicht gibt es dann wieder Verspätungen, dann sind wir im 2021. Ich habe keine Geduld mehr. Und ich glaube auch, alle Eltern und Grosseltern, die mit ihren Kindern in einen Park gehen wollen, haben keine Geduld mehr. Ich habe sie auf jeden Fall nicht mehr.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Wenn ich die Ausführungen von Robi Vogt richtig interpretiert habe, dann wäre jetzt also das Spielplatzkonzept, das 2020 erstellt werden soll, die Spielplatzstrategie, die im Freiraumkonzept empfohlen worden war. Ich stelle einfach fest, dass halt in diesen 7 Jahren einfach nichts getan wurde in diese Richtung. Man hat an verschiedenen Plätzen, «weil sie gerade aufgepoppt sind», etwas gemacht. Aber das, was damals empfohlen worden war, hat man unterlassen. Darum bin ich auch dafür, dass man das Postulat stehen lässt, als Erinnerung an den Gemeinderat, dass er da noch Hausaufgaben hat.

Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte mich Semra Wagner anschliessen, was die Lieblosigkeit anbelangt, und ich möchte mich auch Henry Vogt anschliessen. Was ich in dem Papier noch vermisse, ist der Spielplatz, der einmal existiert hatte bei der Kirche. Er befand sich oberhalb einer Tiefgarage und ist jetzt belegt mit Baumaschinen und Gerätschaften zur Sanierung der Baslerstrasse. Dieser Platz war früher – meine Kinder waren noch klein, also ca. 1993 – ganz lustig, es hatte kleine Karusselle und dergleichen. Es war zwar ein wenig ein lärmiger Ort, aber man konnte sich bewegen und die Kinder hatten den Plausch. Aber es hat dann ein Abbau stattgefunden. Es sei zu gefährlich etc., und wenn ich im Einwohnerrat fragte, was mit diesem Spielplatz sei, hiess es, man warte auf das Freiraumkonzept; die Spielplätze würden neu organisiert. Gegangen ist gar nichts. Und jetzt ist dieser Platz natürlich auch nicht mehr erwähnt. Er ist einfach verschwunden. Wenn man die Karte auf S. 8 anschaut, sieht man es deutlich: Da ist nichts. Ganz keck färbt man noch zwei solche grünen Flächen an; das suggeriert, es habe dort Spielmöglichkeiten, aber es sind solche in Basel-Stadt. Ich finde das nicht richtig. Ich unterstütze meine Vorredner darin, dass hier etwas laufen muss. Den von Henry erwähnten Spielplatz in Oberwil kenne ich nicht; ich kenne aber den in den Langen Erlen. Ein wahnsinnig toller Spielplatz. Letzthin ging ich der Birs entlang Richtung Dornach und sah dort – ich weiss nicht, ob auf Reinacher oder Aescher Boden – so lustige Balance-Spielplätze, auf denen Kinder motorische Fähigkeiten lernen. Reinach, ähnlich gross wie Allschwil, hat Generationenspielfelder. Also, ich finde, wir sind in dieser Beziehung sehr, sehr rückständig.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Das unter dem Spielplatz ist übrigens keine Tiefgarage, sondern eine Zivilschutzanlage. Aber etwas anderes: Ich glaube, der Gemeinderat wäre besser beraten, das Spielplatzkonzept ganz wegzuworfen, ganz ernst gemeint: es nicht mehr in die Finger zu nehmen. Dafür sollte er einmal an einem oder zwei Mittwochen, wenn er tagt, Schüler einladen, Leute aus dem Altersheim einladen und dann noch Eltern einladen, und so die Bedürfnisse abholen. Das bringt viel, viel mehr als ein Spielplatzkonzept, über dem wieder zwei, drei Jahre ins Land ziehen. Das praktisch, sauber, quadratisch und gut. Nichts anderes. Das wäre basisbezogen. Das ist das, was die, die es am Ende nutzen, auch wollen. Und alles andere ist, auf Deutsch gesagt, Zeit verblödet für nichts und wieder nichts, und am Schluss geht es wieder neben hinaus. Am Schluss geht es wieder an den Leuten vorbei, die es nutzen sollen. Aber die müssen wir doch abholen. Also, lieber Gemeinderat, macht doch gescheiter einen Workshop und reserviert einmal drei, vier Sitzungstage dafür. Das ist besser investiert, als die ganze Verwaltung arbeiten zu lassen. Und dann zuhören und notieren, was die Kinder sagen, und zwar müssen die zuerst eingeladen werden, dann die Ü60-Generation und am

Schluss die Eltern. Dann finden wir auf Hundert einen sauberen, praktischen, guten Spielplatz. Und alles andere ist von mir aus gesehen Geld zum Fenster hinaus geschossen, und zwar mit dem grossen Bulldozer und nicht nur mit dem kleinen Löffelchen.

Ursula Krieger, AVP-Fraktion: Auch wir von der AVP möchten das Postulat stehen lassen. Denn wir sind der Meinung, dass das weiterverfolgt werden muss. Zuerst hatten wir gedacht, es komme ja jetzt der Lindenplatz und der Wegmattenpark. Aber nachdem ich das bei der Vernissage gesehen habe, musste ich sagen: Wie ist das jetzt mit diesem Spielplatz? Wenn Eltern diese Pläne anschauen, sind sie einfach enttäuscht. Das entspricht nicht dem, was sich alle erhoffen. Und damit dieser Druck aufrechterhalten bleibt und damit etwas läuft, soll das Postulat stehen bleiben.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin auch für stehen lassen. Ich möchte noch etwas dazu sagen, wie man Demokratie austreiben kann: Wenn man Kinder Partizipationsprojekte durchführen lässt und nicht beachtet, was sie erarbeitet haben, damit kann man Demokratie austreiben. Ich habe viele Jugendliche kennengelernt, die nicht mehr abstimmen gehen, weil man sie an Partizipationsprojekten teilnehmen liess, sich aber nicht darum kümmerte. Demokratie kann man auch austreiben, wenn man eine Petition von Einwohnern vorliegen hat und sich keinen Deut darum kümmert, was diese Einwohner interessiert. Demokratie muss man pflegen. Im Übrigen bin ich sehr einverstanden mit dem Votum von Simon Zimmermann, dass man dieses Konzept in die Schublade tut. Man könnte es auch noch kürzer sagen: Streicht doch bei diesem Konzept einfach ein «n». Dann heisst es «Kozept». Weg damit. Und stattdessen etwas tun. Ich gebe noch einen Gratis-Tipp. Eine der Firmen, die ich am Horizont aufgehen sehe und die z.B. in Arlesheim engagiert ist, ist «Move». Sie könnte vielleicht etwas leisten, was der Gemeinderat dann nicht machen müsste, also die Arbeit mit Kindern, mit älteren Leuten, zum Beispiel um ganz konkret um im Wegmattenpark einen Generationenspielplatz zu machen.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich stelle fest, wir haben hier drin eine Menge Spezialisten. Ich empfehle euch doch, in einem Jahr, wenn Gemeinderatswahlen sind, alle für den Gemeinderat zu kandidieren. Denn ihr wisst ja alle, wie es viel besser geht. Ich finde es etwas vermessen, dem Gemeinderat vorzuwerfen, er tue nichts. Richtig, dass der Gemeinderat einmal ein Konzept verschlampt oder ein Konzept verspricht, kennen wir ja auch aus anderen Fachgebieten. Darüber habe ich mich auch schon aufgeregt. Da ist Kritik dann sicher berechtigt. Aber wir haben hier drin vor nicht langer Zeit auch über den Wegmattenpark debattiert. Und ich glaube, es ist ein sehr gutes Projekt, das der Gemeinderat, bzw. der vom Gemeinderat beauftragte Planer, entwickelt hat. Und ich mag mich noch gut besinnen, auch dort gab es Voten aus unserem Gremium, die fanden, das sei doch alles viel zu teuer, und ob man wirklich so viel Geld für den Park ausgeben wolle.

Zum Lindenplatz: Ich durfte mit Christian zusammen an der Jurierung dabei sein. Und man muss schon sehen, an so einen Platz im Zentrum einer Ortschaft, bzw. an einen Platz, der Zentrumsfunktion hat, werden verschiedene Anforderungen gestellt. Da stellt man sich auch die Frage: Muss man auf solch einem Platz Spielgeräte für Kinder aufstellen? Die, die in der Spezialkommission für den Lindenplatz waren, erinnern sich an die Plätze, die man zum Vergleich in Zürich besucht hat: Da waren verschiedenste Plätze ohne Spielgeräte, und die Kinder spielen doch darauf. Also zum Lindenplatz einfach tel quel zu sagen, das sei ein *Seich*, da habe es ja nicht einmal Spielgeräte, und darum könnten Kinder nicht spielen, ist einfach falsch. Zum Hinweis wegen der Bänken: Im Jurybericht steht, dass man die Sitzgelegenheiten noch als suboptimal betrachtet und das Thema nochmals überarbeitet werden muss. Ich bitte euch also, haltet den Ball ein bisschen flach und sagt dem Gemeinderat auch einmal, dass er etwas gut gemacht hat und gebt ihm nicht nur auf den Deckel. Sonst gehen die Gemeindepräsidentin und die Gemeinderäte nachher ganz *duuch* heim. Die FDP ist übrigens für abschreiben.

Mehmet Can SP-Fraktion: Ich bin ein bisschen erstaunt über die Aussage von Andreas, dass da lauter Spezialisten sitzen würden. Ich glaube, es sind keine Spezialisten, sondern verärgerte Eltern. Ich frage mich, wenn da doch etwas budgetiert ist, warum man das Budget nicht ausschöpft. Ich frage mich, warum man für eine Reparatur oder dergleichen unbedingt wieder ein Büro aufmachen muss. Ich verstehe das nicht. Auf die Frage von Frau Tschan ist immer noch keine Antwort gekommen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich fühle mich ein bisschen unverstanden. Erstens: Im Postulat steht ausdrücklich, Sie wollen ein Grobkonzept. Also habe ich Ihnen ein Grobkonzept versprochen, das steht ja auch schwarz auf weiss geschrieben. Zweitens: Wir haben schon sehr viele Spielplätze umgerüstet und modernisiert. Drittens: Wir haben jetzt extra einen Mitarbeiter auf der Gemeinde abgestellt, der für die Sicherheit der bestehenden Spielplätze sorgt. Die Frage wegen des Budgets

«Freizeitanlagen» kann ich gern beantworten. Es handelt sich um ein sehr kleines Budget, weil es nur die Sachkosten beinhaltet. Personalkosten entstehen natürlich auch, und der Mitarbeiter ist auch sehr gut ausgelastet allein mit Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten für die bestehenden Spielplätze in Allschwil. Daraus ersehen Sie: Wir brauchen, wenn wir neue Spielplätze wollen, mehr Sachkosten, mehr Budget. Und das ist eben nicht der richtige Ort, um das zu debattieren. Nein, wir brauchen ein Grobkonzept, das zeigt, welcher Spielplatz mit welchen Qualitäten an welchen Orten aufgestellt werden soll. Der nächste, den Sie sehen, werden, wird im Wegmattenpark erstellt. Das geht nicht mehr lang. Aber bei allen übrigen möchte ich Ihnen natürlich dann zeigen, dass sie am richtigen Ort sind, zum Beispiel südlich der Baslerstrasse. Dort haben wir gar nichts. Und das möchte ich Ihnen zeigen, bevor wir loslegen und viel Geld ausgeben. Und ich bin der Meinung, das lohnt sich. Das Konzept lohnt sich, wenn wir dann zielgerecht investieren und nicht jetzt einfach da ein Pflasterli und dort ein Pflasterli kleben. Dagegen wäre ich strikt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Wir haben das nochmals kurz angeschaut. Die SVP ist der Meinung, dass wir abschreiben sollten und allenfalls das Ganze wieder neu anfangen. Und es wäre toll, wenn vielleicht das Konzept nicht in einem oder zwei Jahren kommt, sondern dass man das etwas zügiger über die Bühne bekommt.

Marc Aellen, SP-Fraktion: Wir haben jetzt wieder über Erwartungsdefizite gesprochen, auch über Missverständnisse. Da das ja schon über Jahre so läuft, muss ich schon sagen, vielleicht sollte man einmal die Strategie ändern, damit das nicht mehr so stattfindet. Wenn gesagt wird «Es gibt keine Pflasterlipolitik» - man tut jedem Kind ein Pflasterli auf die Wunde, wenn es eine Wunde hat. Es muss ja nicht das teuerste Pflasterli sein; aber man sollte etwas tun. Man sollte die Leute informieren, was läuft. Ein Konzept zu haben im 2013, und dann das Folgekonzept auf eine Menge Anfragen hin, auf eine Petition hin, ohne Umsetzungsverprechen, und mit dem dezenten Hinweis «Wenn es das Budget erlaubt» – das ist nicht unbedingt vertrauensgewinnend und das führt zu Missverständnissen. Vielleicht finden wir da einen anderen Weg, miteinander zu reden.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Ich habe ein wenig Schwierigkeiten, das Ganze zu verstehen. Ich bin lang ruhig gewesen, habe zugehört. Aber wenn doch auf Nachfragen seit acht Jahren immer und immer wieder das Gleiche kommt... Ich bin der Meinung, es müsste jetzt endlich einmal vorwärts gehen. Dass man Dürrenmatt als Spielplatz oder als «Park» bezeichnet; das ist ja ein Riesensaal, und davon werden vielleicht gerade zehn Prozent gebraucht... Also ich bin der Meinung, man sollte das nicht abschreiben. Es sollte weitergehen. Man muss endlich den Leuten auch einmal etwas bieten.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion wird das gern abschreiben, aus dem einfachen Grund: Schaut einmal Traktandum 18 an. Das ist ein Vorstoss, den Andreas Lavicka und ich eingegeben haben, betreffend Umsetzung dieser Strategie. Ich gehe davon aus, dass es heute so viele Voten von SVP, AVP, EVP/GLP/Grüne pro Spielplatz gegeben hat, dass wir eine Mehrheit haben im Saal.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte mich nur kurz ergänzend zum Votum von Andreas Bärtsch äussern. Wenn Sie bei der Vernissage dem Bericht der Jury ein wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben, dann haben Sie auf der Seite 12 die «Empfehlungen der Jury» gefunden. Dort ist ganz klar festgehalten, als erster Punkt: «Ausstattung Spielgeräte und Möblierung». Was Sie also bei der Vernissage gesehen haben, sind Vorschläge von Büros. Und diese Büros haben das so eingegeben. Und die Jury hat beim Projekt der Firma Meta das grösste Potenzial gefunden, aber auch erkannt, dass da unter Beachtung verschiedener Empfehlungen weitergemacht werden muss. Das soll also nicht tel quel umgesetzt werden, wie heute zwei Votanten das meinten. Das Projekt wird verfeinert, und die Empfehlungen der Jury sind für den Gemeinderat bei der Umsetzung massgebend. Und schlussendlich bestimmen Sie hier drin, zu welchem Preis und zu welcher Qualität der Lindenplatz 2021, nach Sanierung der Baslerstrasse, renoviert oder saniert oder umgebaut wird.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit ist die allgemeine Beratung abgeschlossen. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zu den Anträgen des Gemeinderats, Seite 14.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderats:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

6.1 Das Postulat Nr. 4349 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Das Postulat Nr. 4349 wird mit 24 Ja und 5 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen als erledigt abgeschrieben.

Schlussabstimmung

://:

Das Geschäft wird grossmehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.09.2018,
betreffend Umsetzung Freiraumkonzept – Beachvolleyballanlage

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4410

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat sich entschlossen, das Postulat entgegenzunehmen.

Markus Gruber, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag? – Das ist nicht der Fall. Somit ist das Postulat überwiesen. – Ich schliesse die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG 21:15 UHR